Nr. 92. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I, Nr. 4180.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 20. April 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Parteigenossen!

Trügen nicht alle Anzeichen, so wird die Majorität des Reichstages die neue Militärvorlage verwerfen. Damit sind die Regierungen in die Zwangslage versetzt, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen.

Die deutsche Sozialdemokratie, die von jeher die heftigste Gegnerin der fünfjährigen Wahlperioden war, kann einen Beschluß der Regierungen, der gleich die erste dieser Perioden gewaltsam abkürzt, nur begrüßen. Der Vorgang beweist, daß fünfjährige Wahlperioden in einer Zeit rapider Entwickelung aller Verhältnisse wie in der unsern, ein Widersinn sind und es deshalb eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstags sein wird, die gegenwärtige Bestimmung über die Wahlperioden zu ändern.

Der Hauptstreitpunkt in dem bevorstehenden Wahlkampf wird aber die Forderung der Regierungen bezüglich der Verstärkung der Heeresorganisation sein. Unsere Stellung zu derselben ist klar. Wir lehnen sie ab aus den Gründen, die bereits bei der ersten Lesung der Vorlage seitens unserer Redner entwickelt wurden und bei der zweiten Lesung derselben eine weitere Darlegung finden werden. Was wir an Stelle der bisherigen Militärorganisation setzen wollen besagt unser Programm.

Aber die Militärvorlage ist nicht die einzige Frage, welche die Wähler bei den bevorstehenden Wahlkämpfen zu beschäftigen hat. Die Wahl des neuen Reichstages erfolgt abermals auf **fünf** Jahre. Die Wähler haben also das lebhafteste Interesse über der Militärvorlage nicht zu vergessen, daß ihr Wohl und Wehe auf allen anderen Gebieten der Reichsgesetzgebung ebenfalls in Frage kommt und namentlich die sozialen Uebelstände, welche die übergroße Volksmehrheit bedrücken, zu einer Lösung drängen.

Es ist kein Zweifel, daß die weitesten Schichten der Bevölkerung in einem Zustand hochgradiger Unzufriedenheit und Unruhe sich befinden, für welche die Opposition gegen die Militärvorlage nur ein Symptom ist. Aus diesem Grunde wird das Verlangen nach grundlegenden Aenderungen der politischen und sozialen Organisation unserer Gesellschaft immer heftiger und nachhaltiger sich geltend machen.

Es wird also die bevorstehende Reichstagswahl **weit** über den Rahmen der Militärvorlage hinaus für die Zukunft der gesammten Nation von entscheidender Bedeutung sein.

Parteigenossen! Unter solchen Umständen erwächst für uns, die deutsche Sozialdemokratie, die Pflicht unter äußerster Aufbietung aller unserer geistigen, materiellen und physischen Kräfte dahin zu wirken, daß der Ausfall der Wahlen ein für unsere Sache möglichst günstiger werde.

In den großen sozialen und politischen Kämpfen, die in den nächsten fünf Jahren bevorstehen, fällt unserer Partei die angreifende und führende Rolle zu, und soll sie dieser Aufgabe gerecht werden, dann muß die Aufwendung der äußersten Kraftanstrengung vom ersten bis zum letzten Mann in unseren Reihen gefordert werden.

Parteigenossen Darum auf zum Kampf!

Organisirt rasch und unverzüglich, wo zu organisiren noch nothwendig ist.

Sammelt Mittel. Kein Opfer darf gescheut werden, um unseren Zwecke zu erreichen. Stellt schleunigst Eure Kandidaten auf, wo es noch nicht geschehen ist. **Vermeidet aber Doppelkandidaturen.**

Was uns, die Unterzeichneten betrifft, wir werden thun, was die Pflicht von uns fordert. Wir werden insbesondere Sorge tragen, daß Euch rechtzeitig das Agitationsmaterial zugestellt wird, das für eine erfolgreiche Führung der Wahlkampfes nothwendig ist. An unterweisendem Material, Flugblättern ꝛc. soll es nicht fehlen. Was die Agitation durch Versammlungen anlangt, so versteht es sich von selbst, daß alle rednerischen Kräfte der Partei sich für die Dauer des Wahlkampfes der Gesammtheit zur Verfügung stellen. In der Hauptsache aber wird es darauf ankommen, daß in erster Linie die Kandidaten der einzelnen Wahlkreise selbst den Redekampf führen, und sich nicht zu viel auf auswärtige Redekräfte verlassen.

Parteigenossen! Denkt daran, daß die bevorstehende Wahlschlacht in der ganzen Kulturwelt mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt wird, daß insbesondere **unsere Genossen in allen Ländern der Erde** mit Spannung dem Kampfe folgen, den die deutsche Sozialdemokratie unter ihrem alten sturmerprobten Banner führt.

Und nun Parteigenossen! Frisch auf zu Kampf und Sieg!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, den 19. April 1893.

Der Partei-Vorstand.

Auer. Bebel. Fischer. Gerisch. Singer.

Parlamentarisches.

Aus dem Reichstage. Der Abg. **Stadthagen** hat mit Unterstützung der sozialdemokratischen Partei folgenden dringlichen Antrag im Reichstage eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: „Der Staatsanwaltschaft beim königlichen Landgericht Berlin I wird die **Genehmigung** zur Strafverfolgung des Reichstags-Abgeordneten **Stadthagen** wegen **angeblicher Verletzung des § 352 des Reichs-Strafgesetzbuches** ertheilt." —

Den Reichstagsmitgliedern soll eine besonders gedruckte Begründung dieses Antrages zugehen, da eine amtliche Drucklegung der Begründung vom Präsidium als der Geschäftsordnung für nicht entsprechend erachtet und deshalb dem Antrage nicht beigefügt ist. Aus der Begründung erhellt, daß Stadthagen wegen einer politischen Rede aus dem Anwaltstande ausgestoßen ist, daß aber **in dem Urtheil** des Ehrengerichtshofs der bis dahin nicht erhobene Vorwurf **bewußter Gebührenüberhebung** aufgestellt ist. Sofort nach Kenntnißnahme von dieser Beschuldigung hat Stadthagen bei der Staatsanwaltschaft beantragt, gegen ihn Anklage wegen angeblich bewußter Gebührenüberhebung (Verstoß gegen § 352 Str.-G.-B.) zu erheben, damit er Gelegenheit habe, in öffentlicher Gerichtssitzung die völlige Unbegründetheit dieses Vorwurfs klarzulegen. Die Staatsanwaltschaft hat es daraufhin abgelehnt, das Verfahren einzuleiten, da der Reichstag tagt und Stadthagen Abgeordneter ist. Den hierauf abermals gestellten Antrag hat die Staatsanwaltschaft mit der Bemerkung abgelehnt, daß sie die Genehmigung zur Strafverfolgung nachzusuchen ablehne, es könne ja Stadthagen selbst die Genehmigung nachsuchen. Eine von Stadthagen bei dem Justizminister eingelegte Beschwerde hatte denselben Erfolg. Eine weitere unter dem 5. April an den Justizminister eingelegte Beschwerde ist noch unbeantwortet geblieben. Wiewohl es zweifellos unzulässig ist, führt Stadthagen aus, daß ein Mitglied des Reichstages den Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung gegen sich selbst stelle, ist er zu diesem Antrag gezwungen, um dem **vorzubeugen, daß wegen Ablaufs der Verjährungsfrist die Strafverfolgung späterhin abgelehnt** und ihm dadurch unmöglich gemacht werde, in einer geordneten, öffentlichen Gerichtsverhandlung die Behauptung des Ehrengerichtshofes als das zu erweisen, was sie ist. Im Reichstag hat es auf den verschiedensten Seiten des Hauses Befremden erregt, daß die Staatsanwaltschaft die Genehmigung zur Strafverfolgung trotz der wiederholten Anträge Stadthagens nicht nachgesucht hat, wiewohl Staatsanwaltschaften nicht selten wegen irgend welcher Lappereien die Genehmigung des Reichstages nachgesucht haben. Daß Stadthagen den unbegründeten Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen, sondern durch die jetzigen staatlichen Behörden selbst widerlegt sehen will, ist ein durchaus gerechtfertigtes Verlangen. Der Antrag kommt voraussichtlich am Freitag zur Verhandlung. —

Ahlwardt hat, wie sein Organ, die **„Staatsbürger-Zeitung"** berichtet, folgenden Antrag eingebracht, welcher nach derselben Quelle gegenwärtig bei Mitgliedern des Hauses zur Unterstützung zirkulire:

Dringlichster Antrag! Der Reichstag wolle beschließen: Den Reichskanzler zu ersuchen, über die nachfolgenden Punkte Erhebungen anzustellen und über das Ergebniß derselben sobald wie thunlichst dem hohen Hause zu berichten, beziehungsweise die gestellten Fragen zu beantworten: 1. In einem gegen den damaligen Redakteur Joachim Gehlsen wegen Beleidigung geführten Prozeß bekundete der jetzige preußische Staatsminister und Mitglied des Bundesraths, früher Direktor und Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, später Aufsichtsrath dieser und der Rumänischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft, Joh. Miquel unter seinem Eide am 25. Januar 1876 vor der siebenten Kriminal-Deputation des Berliner Stadtgerichts folgendes: „... Im Aufsichtsrath selber ist von der 5 Millionen-Anleihe bei der Reichshauptkasse und der Seehandlung nie die Rede gewesen..... Ich selbst habe von dieser ganzen Darlehnssache überhaupt garnichts gewußt, ich war zu jener Zeit in Thale und habe von der Existenz des Darlehns erst Kenntniß erhalten, als hierüber im Aufsichtsrathe referirt wurde; erst da habe ich erfahren, daß die Seehandlung das Geld gegen Bürgschaft hergeben wollte. Wenn behauptet wird, die Gesellschaft habe 14½ pCt. an uns gezahlt, so kann ich selbst aus eigener Wissenschaft nichts sagen: nach den mir gewordenen Mittheilungen aber ist es völlig unrichtig; denn es sind im Gesammtbetrage 4 pCt. Zinsen gezahlt, und die

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] (63

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von **Bertha Braun.**

Andrej erinnerte sich nun, daß die Zeitungsschreiber von Sina's gelber Katze, die einen Tag nach ihrer Verhaftung miauend in ihrer Wohnung gefunden wurde, viel Wesens gemacht hatten. Dieser Vorfall, der sich bei der ganzen Katastrophe der Volksphantasie am meisten einprägte, gab zu jener sonderbaren Erzählung Anlaß.

In diesem Augenblick lief ein verworrenes Gemurmel durch die Menge, welche schwankte und rauschte wie das Unterholz eines Waldes, das von einem Windstoß geschüttelt wird.

„Sie kommen! Sie kommen!" flüsterten tausend Stimmen.

Sofort wurde jedes Gespräch abgebrochen. In der Todtenstille vernahm man ferne Trommelwirbel.

Eine Ordonnanz galoppirte dem Richtplatze zu. Eine Abtheilung Kosacken folgte auf ihren feurigen Pferden im Trabe. Die Leute sahen sie an, als sie vorüberkamen, doch kein Kopf wandte sich um, ihnen zu folgen. Sie warteten, aller Augen liefen nach derselben Richtung, mit demselben Ausdruck der Furcht und Erwartung. Endlich wurde der feierliche Zug, nach welchem sie ausschauten, sichtbar; die Menge, welche in diesem Moment einen einzigen Körper bildete, durchlief ein nervöses Zittern.

Auf dem weißen Hintergrunde des Himmels sah Andrej eine wogende Linie schwarzer, glänzender Helme, die von einer Menge Lanzen überragt wurden, durch welche hindurch er vier unbestimmte Umrisse erkennen konnte, die menschlichen Köpfen und Schultern ähnlich sahen. Diese Umrisse und die stählern beschlagenen Lanzen, welche über der schwarz wogenden Linie der Helme schwankten, schienen mit der unten befindlichen lebenden Masse, die sich langsam, langsam wie eine Schildkröte näherte, Eins zu bilden.

Als sie näher kamen, konnte er den Karren, die Pferde, den Kutscher und das Gesicht des Kutschers unterscheiden, nur nicht die vier menschlichen Gestalten, welche sich über sie alle erhoben. Schließlich erkannte er warum.

Sie saßen rücklings, jeder auf einem hohen Stuhle, an welchem sie mit den Schultern durch breite Streifen schwarzen Leders festgebunden waren. Sie waren alle in etwas Graues, Formloses, Plumpes gekleidet, so daß sie alle gleich aussahen, als ob sie in Decken gehüllt wären. Sie kommen näher, ebenso formlos wie zuvor; er sieht aber die Farbe ihres Haares und erkennt das dunkelbraune Wassilij's, das lichtere Haar von Boris und das flachsfarbene von Botscharow. Er kann aber noch nicht herausfinden, ob die vierte Gestalt, zur Rechten Boris', Sina ist. Die kurzen üppigen flachsfarbenen Locken auf dem unbedeckten Haupte, mit denen der Wind spielte, gaben ihr das Aussehen eines jungen Knaben.

„Sie haben ihr die Haare abgeschnitten, um sie leichter hängen zu können," errieth schließlich Andrej.

Ein Vogel — ob eine Taube, oder ein Rabe, oder ein Habicht, konnte er nicht unterscheiden — flog über die Köpfe der Verurtheilten dahin. Er mußte die Gesichter dieser vier hochragenden Gestalten gesehen haben, auch die vier schwarzen, rechtwinkeligen Gerüste, welche nicht weit davon auf dem schwarzen Podium, sie erwartend, standen und, wie von Schrecken ergriffen, flog er, so schnell seine kräftigen Schwingen ihn trugen, davon. Wie er dieses Geschöpf beneidete, welches weit fliegen konnte, weit von dieser frevelhaften blutbefleckten Erde hinweg. Aber wenn er auch Schwingen gehabt hätte, er hätte sich jetzt nicht von der Stelle bewegen können. Das Entsetzen hat gleich der Schönheit eine anziehende Macht.

Er zitterte wie in einem Fieberanfalle, sein Herz schlug heftig, seine Augen zuckten nicht einmal, damit er ja den einen Augenblick nicht verliere, in dem es ihm vergönnt war, Blicke mit ihnen zu wechseln. Doch fürchtete er jenen Augenblick, ahnend, daß etwas furchtbares daraus entstehen werde. Er wäre davon geeilt, wenn seine Füße nicht an den Boden geheftet gewesen wären, wie seine Augen auf die vier hochragenden Gestalten.

Boris machte eine Wendung auf seinem Sitze, so daß er mit seinen kräftigen Schultern die Riemen, welche ihn hielten, straff anzog, und wandte sein Gesicht gegen die Menge zu seiner Linken. Andrej, welcher ihn im Profil sah, errieth aus der Bewegung seiner Lippen, daß er dem Volke unten etwas zurief. Er hatte dies schon mehrmals auf dem Wege versucht, aber die Trommeln wirbelten so betäubend, daß nicht ein Wort zu hören war. Er gab den Versuch auf und warf sich ärgerlich zurück. Noch einige Raddrehungen, und Andrej sah ihnen allen voll ins Gesicht.

Sie saßen dicht bei einander, die Füße standen auf demselben Brette. Boris sah zornig und herausfordernd

Bürgen haben ½ pCt. pro Quartal Bürgschaftsprovision erhalten." — Auf das Vorhalten, daß sowohl die Diskontogesellschaft wie auch Bleichröder an die Gesellschaft direkt Vorschüsse zu weit höherem Zinsfuße hergegeben, deponirt Zeuge: Es ist zuerst ein kleiner Vorschuß auf kurze Zeit gegeben, zu welchem Zinsfuße, weiß ich nicht." — Demgegenüber stehen beifolgende von Herrn Miquel gezeichnete Briefe, denen noch mehr Beläge hinzugefügt werden können und aus denen hervorgeht, daß die Diskonto-Gesellschaft inklusive der Provision, die stets voll ausgezahlt wurde, 12 bis 35 pCt. Zinsen von der Rumänischen Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft genommen hat. Die Summe belief sich nach Ausweis der Semestralbilanz pro 1. Juli bis 31. Dezember 1872 auf 10 Millionen Mark, die 5 Jahre hintereinander zu ähnlichen Bedingungen prolongirt wurde. Da auch noch zwei andere Bankhäuser, Bleichröder und Sal. Oppenheim, ähnliche Geschäfte mit der in Rede stehenden Eisenbahn-Gesellschaft machten, so verloren die deutschen Aktionäre zum Theil infolge dieser schlimmen Auswucherung zirka 70 Millionen Mark. Herr Geffken, der diese Auswucherung behauptet hatte, aber nicht im Besitz der anliegenden Briefe war, ist sonach wegen Beleidigung der Aufsichtsräthe jener Gesellschaft — unter anderen der Herren H., Bl., Miquel ꝛc. — unschuldig verurtheilt worden. Da die im Jahre 1878 zum Zwecke der Untersuchung des Eisenbahn-Konzessionswesens zusammengetretene parlamentarische Kommission von Geschäften, wie sie diese Briefe enthüllen, nichts gewußt hat, so beruht ihr Gutachten auf irrthümlicher Grundlage. Sonach ist es nothwendig, daß alle in Betracht kommenden Gründungen dieser Art, bei denen das deutsche Volk viele hunderte von Millionen eingebüßt hat und zum größten Theile proletarisirt worden ist, noch einmal von unparteiischen Sachverständigen untersucht werden, um dadurch eine Grundlage für gesetzliche Maßnahmen zu schaffen. 2. Am 29. 6. 74 richtete die Rumänische Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft an das Reichskanzler-Amt folgenden Brief (Siehe Anlage) mit der Bitte um ein Darlehen von 3 Millionen Thalern aus der Reichs-Hauptkasse. Am 30. 6. 74 genehmigte das Reichskanzler-Amt diesen Antrag. (S. Anlage.) Ebenso gab die königl. Seehandlung 6 Mill. Mark Darlehen zu denselben Bedingungen. Der Herr Reichskanzler wolle sich nun darüber äußern: 1. aus welchen Fonds diese 9 Millionen geflossen sind, 2. ob es der Reichsregierung bekannt war, daß die zum Unterpfand gegebenen Stammprioritäten damals bereits durch einen Beschluß der Generalversammlung jener Gesellschaft auf Antrag Bleichröder und der Diskontogesellschaft, 12 Millionen Thaler hypothekarisch sicher zu stellende Partial-Obligationen auszugeben, derart entwerthet waren, daß sie eine Garantie nicht mehr boten und später auf 8 pCt. gesunken sind, 3. ob es der Reichsregierung bekannt gewesen ist, daß die Diskontogesellschaft und Herr v. Bleichröder mit diesem Gelde des Deutschen Reiches der Rumänischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft gegenüber Wucher getrieben haben, insofern sie für dieses und das vor der Verhandlung gegebene Geld in drei Jahren 1 200 000 M. Provision bezogen haben. Die Bürgschaft beider Firmen dem Reich gegenüber war nur eine nominelle, da die Rumänische Eisenbahn-Aktiengesellschaft ihnen die sämmtlichen 12 Millionen Thaler Hypotheken-Obligationen als Faustpfand hatte übergeben müssen. Die eidliche Aussage des Herrn Miquel, daß der Rumänischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft nur anfangs ein kleiner Vorschuß zu 6 pCt. Zinsen und ½ pCt. Provision per Quartal gegeben worden sei, ist ebenfalls irrthümlich; denn nach Ausweis der Bücher der Rumänischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft bezog sie in der Zeit vom Mai bis Ende Dezember 1872 allein von der Diskontogesellschaft folgende Summen und gab dafür Blanko-Akzepte:

4 Millionen Mark zu	¼	pCt.	Provision	pro	Monat		
3	„	„	„	1½	„	„	„	„
4	„	„	„	½	„	„	„	„ (prolongirt)
2/3	„	„	„	2⅔	„	„	„	„ (inkl 6 pCt. Zins. =
1	„	„	„	1	„	„	„	„ 35 pCt. per anno)
6	„	„	„	½	„	„	„	„ (prolongirt)
1	„	„	„	1	„	„	„	„
1	„	„	„	1	„	„	„	„

also 10⅔ Millionen Mark sämmtlich mit 6pCt. Zinsen per anno. Diese Summe vergrößert sich durch die gleichen Geschäfte mit dem Bankhaus S. Bleichröder und S. Oppenheim um 5⅓ Mill. Da alle diese Wechsel, welche durch Prolongation etwa 100 000 000 Mark darstellen, nicht gestempelt worden sind, so ist auch der Reichsfiskus um ganz erhebliche Beträge geschädigt worden. 4. Nach beiliegendem Brief ist ein Gnadengesuch an den Kaiser gerichtet um Erlaß des Stempels der Aktien der Rumänischen Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft im Betrage von 250 000 M. Der Herr Reichskanzler wolle darüber Auskunft geben, ob diese Steuer erlassen worden ist, und wenn, aus welchen Gründen. 5. Von den 804 Millionen Mark der drei Reichsfonds sind 302 Millionen in ungarantirten Eisenbahn-Obligationen angelegt, darunter besonders beim Reichs-Invalidenfonds Obligationen der Bahn Hannover-Altenbeken. Diese Bahn war eine durchaus unreelle Gründung der Herren von Bennigsen, Cohn, Tessan, v. Straußberg, und manche Theilstrecken davon waren noch nicht einmal in Angriff genommen, als die Obligationen beim Reichsinvalidenfonds bereits begeben wurden. Diese Bahn war noch weit werthloser, wie die Berliner Nordbahn, gleichwohl hat der Staat dieselbe um 400 pCt. theurer bezahlt, als die Nordbahn. Zu verhältnißmäßig ebenso hohen Preisen sind alle Bahnen angekauft, von denen die Reichsfonds Obligationen erworben hatten. Der Herr Reichskanzler wolle sich darüber aussprechen, ob der Reichstag auf Preußen einen Einfluß ausgeübt hat, um solche Bahnen, wie Hannover—Altenbecken, die bald dem Konkurs verfallen wären und dann billig hätten gekauft werden können, zu so unverhältnißmäßig hohen Preisen anzukaufen, damit die Reichsfonds — insbesondere die Gelder des Invalidenfonds — gerettet würden."

Dem Abgeordnetenhause ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staats-Eisenbahnnetzes zugegangen. Die Regierung ersucht durch diesen Entwurf um die Vollmacht, für die genannten Zwecke insgesammt 48 165 000 M. zu verwenden. Zur Deckung der Mittel sollen in gleichem Betrage Staatsschuldverschreibungen ausgegeben werden; es steht also ein neuer Pump in Sicht. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. April.

Die Militärvorlage. Herr Pindter schreibt: „Ein soeben ausgegebenes 12. Verzeichniß der beim Reichstage eingegangenen Petitionen führt wiederum eine lange Reihe von Eingaben mit theilweise sehr zahlreichen Unterschriften auf, die sich zu gunsten der Annahme der Militärvorlage resp. der Herbeiführung einer Verständigung über dieselbe aussprechen, während bemerkenswerther Weise auch in diesem Verzeichniß nicht eine einzige Petition zu vermerken war, die sich in entgegengesetzter Richtung, für Ablehnung der Vorlage, ausspräche." Dieser Ausspruch des Hausknechts jeder Regierung, die gerade am Ruder ist, ist angesichts der Volksstimmung so spaßhaft, daß seine Wirkung durch eine Glosse nur abgeschwächt werden würde. —

Die Militär-Kommission des Reichstags ist offiziell auf den 21. d. M. einberufen worden. —

Das herrliche Kriegsheer. Am 5. Juni 1891, so berichtet der Stuttgarter „Beobachter", richtete die Wittwe J. aus H., deren Sohn beim Ulanenregiment Nr. 20 in Ludwigsburg diente, eine Eingabe an das königliche Generalkommando, worin sie vortrug, ihr Sohn werde von seinen Vorgesetzten so arg mißhandelt und gequält, daß sie befürchte, er könne sich selbst ein Leid anthun; sie bitte dringend um Untersuchung. Die hierauf eingeleitete Untersuchung ergab jedoch ein negatives Resultat, da die von dem Mißhandelten als Zeugen benannten Kameraden die vorgebrachten Mißhandlungen nicht wahrgenommen haben wollten und dabei auch bei der Gegenüberstellung mit J. blieben, obgleich dieser ihnen entgegenhielt, daß sie selbst ihn aufgefordert hätten, Meldung zu machen. Sämmtliche Zeugen betheuerten auch, daß sie bereit seien, ihre Angaben zu beschwören. J. wurde im Herbst zur Reserve entlassen. Im Januar 1892 wurde er ganz unerwartet vor den Untersuchungsrichter des Amtsgerichts geladen, und hier erfuhr er zu seiner Genugthuung, daß seine inzwischen ebenfalls zur Reserve entlassenen Kameraden vor dem Zivilrichter die von ihm früher gemachten Angaben über die Mißhandlung und Beschimpfung des J. vollauf bestätigt hätten. Vor der Militärbehörde haben sie, wie man sich denken kann und wie sie vor dem Zivilgericht aussagten, geleugnet, weil sie gefürchtet haben, sie müßten es büßen, wenn sie die Wahrheit sagen. Und darum waren sie bereit, einen Meineid zu schwören! — Aus Bromberg wird geschrieben: „In Lehrerkreisen und auch darüber hinaus macht die Verfügung eines hiesigen Kreisschulinspektors an die Lehrer seines Inspektionsbezirks viel von sich reden. In dieser Verfügung verlangt der Herr Kreisschulinspektor, daß die Lehrer vor ihm „stramm" stehen. Auch mündlich hat derselbe Herr — natürlich ist es ein Lieutenant der Reserve — das „Strammstehen" vor ihm anbefohlen. — Ein anderer Kreis-Schulinspektor des Bezirks, der ebenfalls Reservelieutenant ist, fügt den von ihm erlassenen Verfügungen ꝛc. an die Lehrer neben seiner Unterschrift und dem amtlichen Charakter noch seine militärische Charge: „Lieutenant der Reserve" bei. Ein Lehrer seines Bezirks ahmte sein Beispiel nach und setzte bei dem Vermerk: „Gelesen" neben seinen Namen ebenfalls auch seinen Charakter: „Gefreiter der Reserve"! — Eine Geschichte von militärischer Erziehungsmethode weiß der „Liegn. Anz." zu berichten. Es handelt sich in diesem Falle sogar erst um einen Kandidaten für den bunten Rock. Dem zitirten Blatt wird aus Guhrau unter dem 12. d. M. geschrieben: „Recht gemüthlich ging es bei dem gestern hierselbst stattgefundenen Kreis-Ersatz-Geschäft zu. Ein Kantonist, Baueleve K., tritt zur Untersuchung vor den Arzt, wird von diesem unter den Armen angefaßt und drückt, da er sehr kitzlich ist, die Arme unwillkürlich an den Körper. Für diese unerhörte That erhält er vom Doktor eine Ohrfeige, begleitet von den Worten: „Lach' nicht, dummer Junge!" Es wäre wohl Sache der anwesenden Zivil-Kommission gewesen, gegen das vorzeitige „Drillen" Einspruch zu erheben." Die Zivilkommission stand eben auch stramm! —

Aus Würzburg meldet die „Volks-Zeitung": „Mehrere Soldaten in Metz beim 2. Fußartillerie-Regiment sollten ein Latrinenfaß reinigen. Einen der Soldaten überkam dabei ein solcher Ekel, daß er dem die Aufsicht führenden Sergeanten erklärte, er könne nicht weiter arbeiten. Als dann der Unteroffizier dem betreffenden Soldaten befahl, in der Arbeit fortzufahren, verweigerte der Soldat dies, was zur Folge hatte, daß gegen ihn Anklage wegen „erschwerten Ungehorsams" erhoben wurde. Die Militärgeschworenen des hiesigen Militär-Bezirksgerichts bejahten die Schuldfrage und der Angeklagte erhielt 45 Tage Gefängniß!" —

Die „Kreuz-Zeitung" setzt ihre unanständige Lügentaktik, die wir gestern erst in ihrer Unverfrorenheit gekennzeichnet haben, munter fort. Sie schwindelt, daß die Sozialdemokraten im Einverständniß mit den Deutschfreisinnigen das Wuchergesetz, speziell die Bestimmung betr. des Sachwuchers zu Falle bringen wollten. Nachdem unsre Partei ihre Stellung zur Wucherfrage so scharf und klar dargelegt und für die Bestrafung des Sachwuchers schon in der Kommission gestimmt hat, ist diese Unterstellung doppelt unanständig. Wenn die Junker das Gesetz durchbringen wollen, so mögen sie, die mit dem wahlverwandten Zentrum die Mehrheit haben, ihre Leute, die bei Hiller oder in der Diäten zahlenden Landstube am andern Ende der Leipzigerstraße sitzen, zusammentrommeln, und sie erreichen, was sie wollen. Weil die „Edelsten und Besten" aber es vorziehen, dem Reichstage fern zu bleiben, da das Flaniren, Amüsiren und Diäten-Einsacken angenehmer ist, leidet der Reichstag an chronischer Beschlußunfähigkeit. Das Wuchergesetz ist ihnen auch ja nur eine Leimruthe, um bäuerliche und kleinbürgerliche Gimpel zu fangen. Wäre es ihnen ernst, wie es ihnen ernst ist bei allen ihren Profit angehenden Fragen (Zölle, Branntweinsteuer, Militärvorlage), dann erschiene die ganze Schaar der von und woßu, um abzustimmen, und mit ihren durch Sekt und anderes rauh gewordenen schnarrenden Salonstimmen nach Bedarf beifällig zu lärmen oder zu murren. Denn die Mehrheit dieser Wackeren ist ja nur für diese zwei Aufgaben, das Abstimmen und für die als Zwischenruf in den stenographischen Berichten gekennzeichnete anonyme Thätigkeit zu haben. — Die sozialdemokratische Fraktion ist relativ am stärksten vertreten. Anständige Blätter, wie die „Kölnische Volkszeitung" geben das offen zu und lesen dem Zentrum wegen seiner Schwänzerei den Text. —

Der konservative Landtags-Abgeordnete v. Oppen, der vor seinen Gläubigern die Flucht ergriffen hat, ist den Lesern des „Vorwärts" kein Fremder. Vor Jahresfrist wurde er als einer der nothleidenden Domänenpächter bekannt, denen aus dem Staatssäckel auf Kosten der Steuerzahler geholfen wird, Herr v. Heyden, unser fürtrefflicher Landwirthschafts-Minister, der ein warmes Herz für seine Berufsgenossen, die Agrarier, im Busen trägt, hatte dafür gesorgt, daß dem v. Oppen aus der Staatskasse vierzigtausend Mark in Gestalt eines Pachtgeldrückstand-Erlasses geschenkt worden sind. Der aus öffentlichen Mitteln „in Gnaden" unterstützte Schuldenmacher war Pächter der Domänen Dinglauken und Skaisgirren gewesen; er hatte sie im Jahre 1882 für die Zeit von Johannis 1882 bis 1890 für eine jährliche Pacht von 20 850 M. übernommen. Der Pachtzins erhöhte sich, durch Hinzutritt der Zinsen von Meliorations-Kapitalien, die ihm aus der Staatskasse auf seinen Antrag behufs Erhöhung der Ertragsfähigkeit der Domänen wiederholt zur Verfügung gestellt wurden, auf 24 048 M. Nach acht Jahren, im Frühjahr 1890, betrugen die Pachtrückstände 65 500 M. Nun erst wurde das Pachtverhältniß zu Johannis 1891 gekündigt. Durch königliche Ordre vom 18. März 1891 ist ihm dann der Pachterlaß von 40 000 Mark gewährt worden. Unmittelbar nach seinem Auszuge von der Domäne erwarb der von Oppen das Rittergut Friedrichsfelde und ließ sich 1890 bei einer Landtags-Ersatzwahl für Stallupönen-Goldap-Trakehnen wählen (siehe „Vorwärts" Nr. 87 vom 12. April 1892). Im Landtage wetterte er gegen die Herabsetzung der Eisenbahn-Fahrpreise, die nur der Sachsengängerei zu gute komme. Nachher tauschte er sein Gut gegen das Grundstück Hasenhaide 50 ein und wohnte dann in Groß-Lichterfelde und zuletzt in Berlin. Hier fanden nicht weniger als 13 gerichtliche Pfändungen gegen ihn statt, worauf er Ende Dezember spurlos verschwand. Im Abgeordnetenhause hat der „Edelste" kürzlich einen längeren Urlaub nachsuchen lassen. So sehen die der Staatshilfe würdig befundenen Junker aus. —

„Frivolitäten." Die „National-Zeitung" sagt in einem Bericht über die gestrige Reichstagssitzung, es seien während der Debatten „von sozialdemokratischer Seite wiederholt in ganz frivoler Weise Zusammenstöße mit dem Präsidium herbeigeführt worden". In den Augen eines Nationalliberalen ist jeder Versuch, die von der Reaktion bedrohte Preßfreiheit thatkräftig zu vertheidigen und die famose lex „Vorwärts" in ihres volksfeindlichen Wesens Herrlichkeit zu kennzeichnen, natürlich eine empörende Frivolität. Als der Gipfel sozialdemokratischen Uebermuthes erscheint aber die Erörterung von wichtigen Erkenntnissen preußischer Militärgerichte, die dem Rechtsbewußtsein der Massen widersprechen. Die Arbeitervertreter werden mit Ruhe den Vorwurf der Frivolität tragen. Welchen parlamentarischen Ausdruck sollen wir aber finden, um das Treiben der „National-Zeitung" zutreffend zu charakterisiren, die mit stürmischem Eifer die großbürgerlichen Wüstlinge in ihren Haremsgelüsten beschützt? —

Der Fall Hofmeister. Aus der Rheinpfalz wird liberalen Blättern geschrieben:

„In der 8. Kompagnie des in Landau garnisonirenden bayerischen Infanterieregiments Nr. 18 dient ein Sekunde-

---

aus, ein tapferer Kämpfer, durch Ueberzahl überwunden und gefesselt, doch unbezwungen bis zuletzt. Wassilij sprach zu Botscharow, der der letzte in der Reihe war; augenscheinlich sagte er ihm etwas Tröstendes, denn auf den Lippen des jungen Mannes erschien ein mattes Lächeln. Auf Wassilij's Zügen thronten jetzt Erhabenheit und Würde, sie verloren ihre ganze Herbheit. Ruhig, selbstbewußt, ernst, erschien er Andrej ein anderer zu sein als der, den er zuvor gekannt.

Aber auch hier ist es die Frau, welche die Menge beherrscht. Aller Augen heften sich auf diese Gestalt neben Boris. Schön wie eine Frau nur je war, den Kopf von den Haaren wie von einem Heiligenschein eingeschlossen, das Gesicht unter dem Anstarren so vieler Augen schamhaft erröthend, warf sie einen freundlichen, mitleidigen Blick auf die unten stehende Menge, welche in diesem Momente nur ein Gefühl für sie hegte. Sie sah sich nach jemand um. In ihrem Abschiedsbriefe, den Andrej noch nicht bekommen hatte, sagte sie, daß sie alle sich freuen würden, wenn einer ihrer Freunde sich an einen sichtbaren Ort, der auf dem Wege zum Schaffot lag, aufstellen würde, damit sie einander sehen könnten. Sie erwartete, daß Andrej kommen würde und suchte ihn in der Menge. Sie entdeckte ihn sofort. Da stand er, gerade unter ihren Füßen, das Haupt zu ihr emporgerichtet. Ihre Augen trafen sich.

Weder damals, noch später konnte Andrej verstehen, wie es zuging, aber in jenem Momente hatte sich alles in ihm verwandelt, als ob in ihrem gütigen, mitleidigen Blicke ein Zauber läge. Besorgniß und Furcht, ja selbst Zorn, Bedauern, Rache — alles war vergessen, verdrängt von etwas Durchschauerndem, Gewaltigem, Unbeschreiblichem. Es war mehr als Enthusiasmus, mehr als Bereitwilligkeit alles zu ertragen. Es war ein unbedingter Durst nach Märtyrerthum — ein Gefühl, welches er immer in andern bekämpft, nie aber in sich selbst vermuthet hatte, — brach jetzt bei ihm hervor. Dort unter ihnen zu sein, auf jenem schwarzen Karren der Schande, gleich jenem Weibe, welches ihre glänzende Stirn über die Menge beugte, die Schultern am Holze befestigt, — das war keine Strafe, das war für ihn nichts Schreckliches mehr, es war die Erfüllung eines brennenden Wunsches, eines Traumes erhabenen Glücks! Er vergaß den Ort, die Menge, die Gefahren, alles, — er war sich nur eines unwiderstehlichen Triebes bewußt — er trat einen Schritt vor und streckte beide Hände nach ihr aus. Er sprach keine lauten Worte, die ihn unwiderruflich ins Verderben gestürzt hätten, nur weil die Stimme ihm versagte; oder vielleicht verloren sich seine Worte in dem Geräusch der Trommeln, wie seine Bewegung in dem ungestümen Anlauf der Menge, die sich zu beiden Seiten schloß und das ungeheuere Gefolge des vorwärts schreitenden Zuges von Minute zu Minute noch mehr anschwellen ließ. —

Als er durch den Nebel, der seine Augen überzog, etwas sehen konnte, bemerkte er eine gewisse Unordnung und eine Balgerei auf der Fahrstraße. Zwei Polizisten hatten einen Mann ergriffen und schleppten ihn zur nächsten Polizeiwache, wobei sie ihn unter den Achseln gefaßt hatten. Zu seiner großen Verwunderung erkannte er in dem Verhafteten den Bauer, welcher all' das Zeug über die gelbe Katze und die Teufelsbeschwörung gesprochen hatte. Der Mann, der auf seine Art einen Eindruck von den Verurtheilten empfangen hatte, kniete, als sie vorüberkamen, nieder, beugte sich bis zur Erde und sprach einige Gebete für ihr Seelenheil. —

Der Karren und die Menge, welche ihm folgte, waren schon lange vorüber. Andrej hatte keinen Wunsch, ihnen zu folgen. Wozu noch? Er hatte seine Mission von ihnen erhalten. Was konnte er sonst noch wünschen? Er stand wartend da, bis der Karren und die Menge hinter einer Ecke verschwanden, worauf die Straße fast leer blieb. Er durchschritt die Vorstadt, die verödet dalag, und wanderte durch die östlichen Thore, ohne zu bemerken, daß er einige Zeit auf einer ungepflasterten Landstraße ging, welche von offenen Feldern und Obstgärten eingeschlossen war. Er war in seine Gedanken vertieft, aber nicht mehr betäubt, denn er konnte jetzt zusammenhängend denken. Seine Betrachtungen waren zwar außerordentlich trauriger Natur, aber von ganz anderer Art und aus ganz anderen Gründen, als die des heutigen Morgens.

(Fortsetzung folgt.)

Lieutenant **Hofmeister**, ein Bruder desselben ist in der Redaktion einer Wiener sozialdemokratischen Zeitung thätig. Dem Lieutenant Hofmeister unterstand die Ausbildung der Rekruten und soll derselbe vor dieser jungen Mannschaft, wie die ultramontane „Landauer Ztg." mittheilt, wiederholt sozialistische Ideen ausgekramt haben. Einer dieser Rekruten ist dann in Urlaub gegangen, hat in seinem Heimathsorte von dieser ihm zu theil gewordenen „Belehrung" durch den Offizier erzählt und ist dann auf Veranlassung der Heimathsbehörde genauester Untersuchung über die Vorkommnisse geführt worden, die ihren Schluß in einer Durchsuchung der Bücher und Papiere des jungen Offiziers fand. Hierbei soll eine Masse sozialdemokratischer Schriften aufgefunden worden sein. Bis zum heutigen Tage hatte der „**Landauer Anzeiger**", das Amtsblatt des königl. Landgerichts Landau, über den Vorfall nichts mitgetheilt, heute bringt er ganz kurz folgende Meldung: „Nachdem auch auswärtige Zeitungen von dem hier umlaufenden Gerüchte Kenntniß nehmen, daß ein Lieutenant der dritten Kompagnie des 18. Infanterie-Regiments „wegen sozialistischer Umtriebe" vom Dienste enthoben worden sei, können wir auf grund zuverlässiger Erkundigungen mittheilen, daß sich der Betreffende, Herr Lieutenant Hofmeister, zur ärztlichen Beobachtung seines **Geisteszustandes** im Garnisonlazareth befindet."

Wir verzeichnen diese Mittheilung und werden auf die Angelegenheit, sobald wir Authentisches darüber erfahren, des Näheren eingehen. Beiläufig aber sei bemerkt, daß das Militärbudget recht erheblich erhöht werden müßte, wollte man etwa dem Grundsatz huldigen, jeden Militär, welcher zur Sozialdemokratie gehört oder welcher sozialistischer Gesinnung verdächtig ist, in die Garnisonlazarethe überzuführen. Was sagt übrigens die „**Kreuz-Zeitung**", die Vorkämpferin einer Reform unserer **Irrengesetzgebung**, zu diesem Fall Hofmeister? —

Fusangel. Die Nachricht verschiedener Blätter, daß der Abg. Fusangel der Montagssitzung des Reichstags beigewohnt habe, ist, nach der „Germania" eine irrige. Fusangel sei bis jetzt noch nicht in den Reichstag eingetreten. D. h. dank der **Unanständigkeit der Ultramontanen** wird Fusangel verhindert, sein Mandat auszuüben. Es kostet doch die Zentrumsfraktion nur ein Wort, und der von ihr abhängige Verleger hebt das **schofle** Verbot, das seinen Tintensklaven fesselt, sofort auf und bewilligt Herrn Fusangel den Urlaub, ohne dessen Gewährung der neue Abgeordnete für Olp-Meschede nicht nach Berlin gehen kann. Die „**Kölnische Zeitung**" in ihrer letzten Ausgabe meldet übrigens, Fusangel habe in seiner der Fraktion vorgelegten Erklärung betont, er habe keinen Gegensatz zwischen einem rechten und linken Flügel in die Wahlbewegung und in die Fraktion hineintragen wollen, stehe auf dem Boden des Zentrums und habe nur als dessen Kandidat gewählt sein wollen. Wie dasselbe Blatt erfährt, benutzt er den Urlaub von drei Wochen, der ihm jährlich als Chefredakteur zusteht, um nach Berlin abzureisen und in den Reichstag einzuziehen. Kleinlicher und unfeiner wie die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht" in dieser Urlaubsfrage, kann selbst der ärgste Geldprotz nicht handeln. Bei den nächsten Wahlen wird ihr die Rechnung für solch bösartige Schäbigkeit schon aufgemacht werden. Uebrigens halten wir an unserer Auffassung fest, daß die Liebeswerbung Fusangel's beim Zentrum nichts weniger als mannhaft ist. Die Fraktion, die gegen ihn vorging und ihn bekämpfte, mußte ihn fernhalten, wollte sie nicht höchst inkonsequent erscheinen. Er hätte ihr aber den Triumph der Ablehnung seines Bittgesuchs nicht zu gönnen brauchen. — Die „**Kölnische Volkszeitung**" tadelt mit bemerkenswerther Schärfe den Beschluß der Fraktion; sie hatte von Anfang an Herrn Fusangel's Aufnahme in den Fraktionsverband das Wort geredet. —

Die „**Germania**" meldet in ihrer Abendausgabe vom 19. d. M.: Der Abgeordnete **Fusangel ist heute** in den Reichstag eingetreten. —

Eine Schauermär meldet in einem besonders heftigen Anfall von Jesuitenfieber die „**Vossische Zeitung**". Da heißt es:

„Der berühmte Jesuit **Paul Graf von Hoensbroech**, der in Deutschland bekannt war als der geistige Vorkämpfer des **Jesuitenordens**, ist aus diesem Orden öffentlich **ausgeschieden** und motivirt diesen seinen Austritt mit der Behauptung, daß der Orden antimonarchisch und antinational sei! Dieser Austritt des Grafen Hoensbroech ist zweifellos ein Ereigniß von größter Tragweite und beispiellos in der ganzen Geschichte des Ordens. Der Graf trat mit 27 Jahren nach Absolvirung seiner juristischen Studien in den Jesuitenorden ein, dessen geistige Leitung er sehr bald in die Hände bekam. Er wohnt zur Zeit in Frankfurt a. M. und steht im besten Mannesalter. Er ist der Bruder des Reichstags-Abgeordneten Grafen Hoensbroech, der Mitglied der Zentrumspartei ist."

Ist das Geschichtlein wahr, so verschlägt es doch wahrlich recht wenig, ob dieser Vater der Gesellschaft Jesu, welchem die Tante Voß übrigens eine ungebührliche Bedeutung beimißt, dem Orden untreu wird oder nicht. Der Jesuitenorden ist gerade so „monarchisch" und „national", wie jene Klasse, die in der „Vossischen" ihre Vertretung besitzt, d. h. er fügt sich in **jede** Staatsform und in **alle** Nationalitäten, die seinen Zwecken entsprechen, genau so wie der Kapitalismus. Beide, Kapitalisten wie Jesuiten, gehen ihrem **Vortheil** nach, und ihre Politik paßt sich den politischen wie gesellschaftlichen Verhältnissen an, unter denen sie operiren. Und zuguterletzt, weshalb ereifert sich die „Vossische" so gegen eine Organisation, die als thatkräftige Schutztruppe der **bürgerlichen** Gesellschaft unermüdlich thätig ist? —

In ihrer Abendausgabe schreibt Tantchen: „Der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Graf von und zu Hoensbroech schreibt uns, daß der Austritt seines Bruders aus dem Jesuitenorden thatsächlich erfolgt sei, doch seien die übrigen Bemerkungen, die sich auf den Austritt und die Stellung seines Bruders zum Orden beziehen, unrichtig." —

Der Fall Pflugk-Harttung. Zu unserer Mittheilung über das plötzliche Avancement des Bismarck'schen Soldschreibers unterm „neuen" Kurs erfahren wir aus durchaus verbürgter Quelle, daß die Regierung schon seit Jahren für den armen, im „wilden Lande" der Schweiz Geboykotteten nach einem Pöstchen Umschau gehalten hat. Beweis dafür, daß im Winter-Semester 1890/91 das Ministerium die philosophische Fakultät der Universität **Marburg**, als es sich um die Besetzung der einschlägigen Professur handelte, auf dieses bedeutende Lockspitzellicht aufmerksam machte in der indirekt ausgesprochenen Hoffnung, daß ein solcher Empfehlungsbrief genügen würde, um die Wahl des Verkannten durchzusetzen. Es kam aber anders. Die **gesammte Fakultät protestirte einstimmig** gegen einen derartig beleumundeten Kandidaten, und die Regierung mußte klein beigeben. An Pflugk-Harttung's Stelle wurde von der Röpp berufen. Vielleicht ist man inzwischen mit dem Biedermann weiter haustren gegangen und hat den Archivarschub erst vollzogen, nachdem jede Hoffnung auf die heißersehnte Professur verschwunden war. So ehrt der neue Kurs die Trabanten des alten trotz der Nackenschläge, die im Winter 90/91 ganz besonders dicht auf die Häupter der undankbaren Nachfolger und Untergebenen niedersausten. Sollte das wirklich nicht die Wiener Note aufheben können? —

Ein Parlamentssitz zu verkaufen! Aus Dresden schreibt man der „Vossischen Zeitung": „Die **Fideikommißgüter** Königsbrück und Steinborn des **Grafen Wilding von Königsbrück**, der wegen seiner maßlosen Verschwendungssucht unter Vormundschaft gestellt worden ist, werden gegenwärtig zum **Kauf ausgeboten**, und es tritt damit der ebenso bemerkenswerthe wie seltene Fall ein, daß man durch den Kauf jener Güter auch einen **Sitz in der ersten sächsischen Ständekammer** käuflich erwerben kann. Auch ein Sitz in dem **engeren Ausschusse** des Markgrafenthums Oberlausitz ist mit dem Besitze jener Herrschaft verbunden." Der Widersinn **jedes** Wahlsystems, das nicht auf demokratischer Grundlage ruht, tritt hier besonders deutlich hervor. Aber jedes **Zensus**wahlrecht sichert dem **Geldsack die parlamentarische Herrschaft.** —

Aus Rom meldet „Herold":

„Die Nachricht, daß hier der Vorsicht wegen **Verhaftungen von Sozialisten und Anarchisten** vorgenommen wurden, bestätigt sich. Es verlautet sogar, daß **1500** Personen für die Dauer der Festlichkeit **verhaftet** worden seien."

Diese Präventivhaft wird verhängt, weil dieser Tage der **deutsche Kaiser** zu einem Besuche des italienischen Hofes und des Vatikans in Rom erwartet wird. Es hieße den Eindruck dieses Gegenwartsbildchens aus dem „Parlaments"staat Italien abschwächen, wollten wir mehr zu dieser so thörichten, wie provokatorischen Maßregel sagen, als: das amtliche Rußland ist übertrumpft. Denn solche „Sicherheits"maßregeln trifft noch nicht einmal die russische Verwaltung, wenn der Zar auf Reisen geht. Wenn die italienische Regierung wenigstens **ihre Lockspitzel** hinter Schloß und Riegel gesetzt hätte! —

Homerule. In der Fortsetzung der Debatte über die Homerule-Vorlage erklärte der Chefsekretär des Lord-Lieutenants von Irland, John **Morley**, das Haus debattire die jetzige Vorlage, weil die „Politik des Nicht-Kompromisses" der vorigen Regierung scheiterte. Dieses sei bei den allgemeinen Wahlen eingetreten. Was die in der Bill vorgeschlagenen Beschränkungen der irischen Legislatur betreffe, so sei jeder Staat der amerikanischen Union strengeren Beschränkungen unterworfen. Die Vorlage beseitige keineswegs gemeines Recht und gesunde Vernunft. Was die Errichtung eines legislativen Rathes angehe, so habe die Regierung für das Stimmrecht keinen höheren Satz als 20 Pfund Sterling jährliche Miethe vorgeschlagen, weil die Wählerschaften sonst nicht genügend groß sein würden, um das erforderliche Gewicht zu besitzen. Die Bill behindere freilich die finanzielle Freiheit Großbritanniens, das sei aber unvermeidlich. Die Bill lege zwar dem britischen Volke Lasten auf, aber der Antheil Irlands an den britischen Lasten solle doch gewiß nicht mehr als ein billiger sein. Was das finanzielle Risiko betreffe, so weise er darauf hin, daß unter der Bodenankaufs-Bill Irland 40 Millionen Pfund geliehen worden seien. Balfour's letzte Rede sei eine Rechtfertigung der Unordnung; die Interessen der Konstabler und der Zivilbeamten seien durch die Vorlage liberal gewahrt. Nie zuvor hätten die Iländer englische Führer und englische Politiker in ihren nationalen Forderungen auf ihrer Seite gehabt und nie würden sie ihnen untreu werden. —

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung vom 19. April 1893. 1 Uhr.

In das Haus eingetreten ist der Abg. **Fusangel**, neugewählt für 2. Arnsberg (Olpe-Arnsberg-Meschede).

Auf der Tagesordnung stehen Anträge aus dem Hause und zwar zunächst die Fortsetzung der ersten Berathung des von dem Abg. **Rintelen** eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend die **Wiederaufnahme des Verfahrens** und die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen.

Die Diskussion hatte bei der früheren Verhandlung vor mehreren Monaten bereits stattgefunden und es war ein Schlußantrag gestellt worden. Bei der Abstimmung über denselben hatte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt. Bei der heute wiederholten Abstimmung wird die Diskussion geschlossen. Die Verkündigung dieses Beschlusses (es sind etwa 50 Abgeordnete anwesend, von denen ca. 30 für den Schluß stimmen) erregt die lebhafte Heiterkeit der Anwesenden.

Die zweite Lesung des Gesetzentwurfes wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Berathung des **Antrages Munckel** betreffend die **im Strafverfahren zulässigen Rechtsmittel**, welche mit der ersten Lesung des von dem verstorbenen Abg. **Reichensperger** eingebrachten, von dem Abg. **Spahn** wieder aufgenommenen Gesetzentwurf, betreffend **Abänderung** und **Ergänzung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes** und der **Straf-Prozeßordnung** verbunden wird. Beide Gesetzentwürfe betreffen die Wiedereinführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern und zwar sowohl durch den Verurtheilten, als durch die Staatsanwaltschaft.

Die Abgg. **Träger** (dfr.) und **Spahn** (Z.) als Vertreter der Anträge beantragen, die zweite Berathung im Plenum vorzunehmen, damit sofort erhelle, daß der Reichstag in der Forderung der Berufung einmüthig ist.

Abg. **Heine** (Soz.) fürchtet, daß wenigstens in politischen Prozessen ein Fortschritt mit dieser Neuerung nicht gemacht werden wird. Wenn den Staatsanwälten die Berufung ebenfalls zustehen solle, so werde es oft geschehen, daß gegen Freisprechungen die Staatsanwaltschaft appellirt und daß dann in zweiter Instanz eine Verurtheilung, bezw. wenn eine Verurtheilung schon durch die Strafkammer erfolgte, eine Erhöhung des Strafmaßes erfolgen wird.

Abg. **Rintelen** (Z.) widerspricht dieser Auffassung und tritt für die Annahme der Anträge ein.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) schließt sich den Ausführungen seines Fraktionsgenossen an und hält es für viel vortheilhafter, die Abhängigkeit der Gerichte von den Staatsanwälten, die thatsächlich in umfangreichem Maße vorhanden sei, aus der Gerichtsverfassung zu beseitigen, d. h. das ganze System der Staatsanwaltschaft aufzuheben. Man brauche ja nur die höheren Richterstellen anzusehen, um zu erkennen, daß sie fast durchweg mit Staatsanwälten besetzt sind. Die Judikatur habe sich genau erkennbar in den letzten Jahrzehnten immer mehr nach der Seite der in der Staatsanwaltschaft maßgebenden Auffassung gedreht und die Rechtsprechung sei von ihr immer abhängiger geworden. Die Staatsanwaltschaft übe aber auch auf das Strafverfahren einen ruinirenden Einfluß aus, sie sei vollständig zur Beherrscherin des Strafverfahrens geworden. Auch der Richter sei ja schließlich von der Verwaltung abhängig; er werde von dieser angestellt und befördert, ein Altersaufrücken gäbe es bekanntlich in der Justiz nicht. Die Verwaltung handle doch nur natürlich, wenn sie unter zwei sonst ganz gleich fähigen und verdienten Richtern bei der Beförderung den ihr politisch genehmeren aussuche. Dadurch werde aber der Richter, der vorwärts kommen wolle, direkt verführt, seine politische Ansicht in den Hintergrund treten zu lassen oder zu verleugnen. Die Berufsrichter könnten dem Druck der Verwaltung nicht widerstehen. Die wirkliche Ursache der ungerechten Rechtsprechung der neueren Zeit, die durch die Existenz der Anträge als abzustellendes Uebel gekennzeichnet wird, liege also nicht blos in dem Mangel einer Berufungsinstanz. Erfreulicherweise erstrebe der Antrag Munckel auch sachliche Aenderungen, die sich durch die Praxis der Gerichte und auch des Reichsgerichts als absolut nothwendig erwiesen haben. Das gelte namentlich von der Bestimmung, daß das Protokoll vor Zustellung des Urtheils an die Staatsanwaltschaft oder den Angeklagten vorschriftsmäßig vollzogen sei. Eine spätere Vollziehung ist unzulässig. Man müßte aber noch weiter gehen und verlangen, daß das Protokoll am Tage der Verhandlung selbst vollzogen sein muß; die Entscheidungen des Reichsgerichts erforderten eine solche Bestimmung, denn es seien auf grund falscher Protokolle die unglaublichsten Urtheile ergangen und bestätigt worden. Auch die Vorschrift über genauere Abfassung des Protokolls sei sehr dankenswerth, aber nicht weitgehend genug. (Redner weist dies an dem Wortlaut von Erkenntnissen und von Protokollen über Gerichtsverhandlungen und an der Entscheidung des Reichsgerichts über dieselben näher nach.) Bedauerlich sei, daß die zweite Instanz für die Urtheile der Schwurgerichte oder des Reichsgerichtes, wenn dieses in erster und letzter Instanz urtheilt, nicht beantragt werde; das Volksbewußtsein werde es nicht begreifen, warum man es bei der lahmen und schwachen Revision gegen die Schwurgerichtsurtheile bewenden lassen wolle. Wenn man an die Strafprozeßordnung herangehe, sollte man doch reinen Tisch machen und die Berufung allgemein machen. Wäre Berufung gegen Reichsgerichtsurtheile zulässig, dann würde es denen, welche wegen Hochverraths, begangen durch Verbreitung der „Autonomie", zu 6 oder 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden sind, möglich sein, eine Modifizirung ihres Urtheils zu erlangen, nachdem erwiesen worden ist, daß die „Autonomie" durch Spitzel verbreitet wurde, daß diese die Verurtheilten zur Verbreitung aufgereizt haben, daß das Ganze reine Polizeimache war. Wenn die Sozialdemokraten also auch nicht gegen die Anträge seien, so könnten sie sich der Befürchtung doch nicht verschließen, daß mit ihrer Annahme wenig geholfen sei.

Damit schließt die Diskussion. Kommissionsberathung wird nicht beliebt. Die zweite Lesung der Gesetzentwürfe wird im Plenum erfolgen.

Auf der Tagesordnung steht ferner die erste Lesung des Antrages **Munckel** auf Annahme eines Gesetz-Entwurfs betreffend die Entschädigungspflicht des Staates für Entziehung oder Beschränkung der persönlichen Freiheit, sowie für unrechtmäßig vollstreckte Strafe.

Abg. **Träger** als Vertreter des Antragstellers erklärt, da die verbündeten Regierungen eine bezügliche Vorlage bereits zugesagt haben und der gleichwerthige Antrag Rintelen bereits angenommen sei, den Antrag zurückzuziehen.

Staatssekretär **Hanauer**: Das Reichs-Justizamt ist allerdings im Auftrage des Reichskanzlers mit der Ausarbeitung von Grundzügen zu einer derartigen gesetzgeberischen Arbeit beschäftigt; eine Zusage dahin aber, daß auf grund dieser Ausarbeitung die verbündeten Regierungen dem Reichstage eine Vorlage machen werden, konnte ich früher nicht und kann ich auch jetzt nicht machen.

Abg. **Träger**: Ich habe das Vertrauen, daß bis zur nächsten Session das moralische Uebergewicht des Reichs-Justizamts auf die verbündeten Regierungen sich unsern Wünschen günstig erweist; sonst werde ich einen solchen Antrag wieder einbringen. Für jetzt ziehe ich unsern Antrag zurück. (Abg. **Stadthagen**: Dann nehme ich ihn wieder auf!)

Da der Antrag wieder aufgenommen ist, wird die Diskussion fortgesetzt.

Abg. **Heine**: Der Reichstag muß den Antrag unbedingt annehmen, denn nach den eben gehörten Erklärungen des Staatssekretärs ist von den verbündeten Regierungen in diesem Jahrhundert doch nichts mehr zu erwarten. Es muß auch § 179 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes in dieses Gesetz aufgenommen werden, welcher bestimmt, daß Angeklagte oder Zeugen wegen Ungebühr vor Gericht mit Geldstrafe bis 100 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen verurtheilt werden können, wogegen es keinen Appell und keinen Aufschub giebt, da die Strafe sofort vollstreckbar ist. Ein sächsischer Bergarbeiter ist einmal wegen Tragens eines rothen Bändchens im Gerichtssaal zu 3 Tagen Haft verurtheilt worden, als er später im Zuhörerraum mit demselben Bändchen erschien, wurde er abermals zu 3 Tagen Haft verurtheilt!

Abg. **Stadthagen**: Nicht blos die unschuldig Verurtheilten, sondern auch die in Untersuchungshaft gewesenen müßten entschädigt werden; das ist eine Forderung, die wir immer wieder erheben werden und die auch die Antragsteller früher vertraten. Namentlich bei politischen Prozessen ist die Zahl derer, die unschuldig Untersuchungshaft verbüßen mußten, Legion; das würde sich sofort erweisen, wenn man eine Statistik darüber aufmachen wollte. Obwohl es gar nicht im Gesetze vorgeschrieben ist, wird in einer Unmenge von Verfahren „mit Rücksicht auf die zu erwartende hohe Strafe" die Untersuchungshaft verhängt und niemand entschädigt den unschuldig Verhafteten für die Verluste an materiellen und moralischen Gütern, die ihm durch diese Handhabung der Gesetze zugefügt werden. Die Frage, ob der Staat zu entschädigen habe, ist sehr streitig. Der Staat soll den Rückgriff an den Schuldigen haben. Wie aber denkt man sich dies, wenn ein Rechtsirrthum bei der Verurtheilung maßgebend war? Ich hoffe, daß dann diese Bestimmung auch gestatten soll, den Rückgriff auf die Beamten zu nehmen, welche die Freiheitsentziehung verursacht haben. Aber selbst dieses gut gemeinte Gesetz kann nur ein Palliativmittelchen sein. So wenig wie unsere Schwurgerichte Volksgerichte sind, so wenig wird die Entschädigungspflicht des Staats das Unrecht, welches Berufsrichter durch Fehlsprüche begehen, aus der Welt schaffen. Nur wirkliche Volksgerichte machen eine Berufung überhaupt überflüssig. Die Regierungen freilich setzen, wenn sie dem einmüthigen Wunsche des Reichs nicht entsprechen, nicht das Ansehen des Reichstages, sondern ihr eigenes Ansehen herab. Es ergiebt sich daraus der außerordentlich schroffe Gegensatz zwischen den Rechtsanschauungen in Regierungskreisen und dem Rechtsbewußtsein des Volkes.

Damit endet die Diskussion.

Auch diese Vorlage wird im Plenum zur zweiten Berathung gelangen.

Ein dritter von dem Abg. **Munckel** eingebrachter Gesetzentwurf betrifft Abänderungen der für das Vorverfahren und für das Verfahren erster Instanz geltenden Bestimmungen der Strafprozeß-Ordnung. Er fordert vor allem die Bestellung eines Vertheidigers schon im Vorverfahren, wenn der Beschuldigte verhaftet wird und giebt dem Vertheidiger das Recht der jederzeitigen Einsicht in die Akten, sowie das Recht, bei allen öffentlichen Behörden Auskunft zu verlangen und Ermittlungen mit Ausschluß eidlicher Vernehmung vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Die Aussage eines vor der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen, welcher erst in der Hauptverhandlung von seinem Rechte der Zeugnißverweigerung Gebrauch macht, dürfe nicht verlesen werden.

Der Antrag wird nach kurzer Begründung durch den Abg. **Träger** einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß 8 Uhr. Nächste Sitzung **Donnerstag 1 Uhr** (Wuchergesetz-Novelle, Seuchengesetz.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 20. April.

Opernhaus. Der Freischütz.
Neues Theater. Basantasena.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Lessing-Theater. Hanna Jagert.
Wallner-Theater. Der Probepfeil.
Kroll's Theater. Der Freischütz.
Residenz-Theater. Die beiden Champignol.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Pariser Leben.
Thomas-Theater. Der Herzogsmüller.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Der Sieg des Christenthums", oder: „Konstantin der Große".
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Leue.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 19. Male:

Goldlotte.

Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Couplets theilweise v. G. Görss.
Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Anfang 8 Uhr:

Der Dussel

(Nulpus)

Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.

(Klemm-Ede . . Martin Bendix.)

Alfred Bender

in seinem neuesten Originalvortrag

Der Volksmund in Berlin.

Instrumentalist **Deller.**

Unser Helgoland.

Castan's Panopticum.

Große Ausstellung.

Akka-Zwerginnen.

Neue Illusion: Lotosblume.

Andere Illusionen.

Fantoche-Theater.

Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal:

Neu!

Lebende Bilder.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

Neu! Die lustige Neu!

Schwiegermutter.

Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt.

Aufgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft Diovanie,

sowie Auftreten von

12

neuen Spezialitäten.

Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Mein großer Saal

ist noch einige Sonnabende u. Sonntage im April und Mai zu vergeben.
Reinhold Kröschke, Lichtenstr. 29

Circus Renz.

(Karlstraße.)

Abschieds-Vorstellung am 2. Mal.
Nur noch einige Male: Ein Künstlerfest.

Donnerstag, den 20. April,
Abends 7¼ Uhr:

Ein Künstlerfest.

Große Ausstattungs-Pantomime.
Neue Einlagen mit überraschenden Licht- u. Wassereffecten. Ballet von **100 Damen. Glänzender Blumencorso. Grosses Brillant-Feuerwerk.**

Außerdem: Mr. **James Fillis** mit dem Schulpferde **Germinal.** **Grande Quadrille de la haute équitation,** ger. v. 6 Damen und 6 Herren; **Agat,** Feuerpferd, vorgef. v. Dir. **Franz Renz.** Das Springpferd **Blitz,** ger. v. Frau **Renz-Stark** 2c.

Morgen, Freitag, Abends 7¼ Uhr: **Ein Künstlerfest.** Sonnabend: Gala-Vorstellung zum Benefiz von Fr. **Oceana** und **Ernst Renz.**

Sonntag: Zwei Vorstellungen, um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei) und um 7½ Uhr: **Ein Künstlerfest.**

Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank", Markgrafenstraße 51a.

Fr. Renz, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Moritz-Platz.

Täglich: **Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. An **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Rheinländischer Tunnel

(eine Menschenfalle)
Berlin N, Elsasserstrasse 73.
Neu! Neu!

Die Möbel-Polonaise!

oder: 4070L*

Weber hat'n Leber, an de Lunge, an de Zunge, an de Leber!

Vorträge der berühmt. Gesangvereine **„Halbe Lunge"** und **„Keuchhusten".**

Vorzügliches Lagerbier der „Schöneberger Schloßbrauerei"

à Seidel 10 Pfennige.

H. Schultze (mit'n ß).

(Notiz: Mang uns mang is keener nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

Gewerbe- und Industrie-Ausstell.

im Equitable-Gebäude.

Eingang an der Leipziger- nahe Friedrichstraße. 4021L*

Grosse Schaustellung von hervorragenden Erzeugnissen des Gewerbes und der Industrie.

Eintritt 25 Pf.

Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 8 Uhr Abends.

Generalversammlung

der Delegirten

der Ortskrankenkasse der Gürtler

am Sonntag, den 23. April, Vorm. 10 Uhr, Skalitzerstr. 126.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission über die Prüfung der Rechnungen des Vorjahres. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Beschlußfassung über die Krankenmeldung, das Verhalten der Kranken und die Krankenaufsicht. 3422b

Nach Schluß dieser Versammlung findet daselbst eine

Generalversammlung

für die Mitglieder der **Invalidenkasse der Gürtler** statt. 3423o

Tagesordnung:

Bericht der Kommission über die Prüfung der Rechnungen des Vorjahres.

Der Vorstand.
G. Kneiff, Vorsitzender.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß das Mitglied unseres Vereins, der Böttcher Herr **Fritz Rietz** verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 5 Uhr von der Charitee aus statt. 112/8

Um rege Betheiligung bittet

Der Vorstand.

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 18. d. M. mein lieber Mann, der Kistenmacher **Gustav Behnke** verstorben ist. Die Beerdigung findet am 21. d. M., Nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Louisenkirchhofes in Rixdorf, Hermannstr., aus statt. 3419b

Ww. **Behnke** nebst Tochter.

Danksagung. 3429b

Sage hiermit allen Freunden, Bekannten und Kollegen, sowie den Herren Sängern für die überaus reiche Betheiligung und Kranzspenden bei dem Begräbniß meines lieben Mannes, des Schraubendrehers **Wilhelm Wuttig,** meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Wittwe
Emilie Wuttig geb. Brömme.

Danksagung.

Für die vielfeitigen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter

Emilie Gillar geb. Koch,

sagen wir allen Freunden und Kollegen, sowie dem Herrn Pastor Böhm für die trostreichen Worte unseren herzlichen Dank. 3428b

Die trauernden Hinterbliebenen
A. Gillar und Kinder.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.

Oertliche Verwaltung Berlin A.

Mitglieder-Versammlung

am **Sonntag,** den 23. Vorm. 10 Uhr, bei Herrn **Roll,** Adalbertstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1893.
2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimirt. 300/6

Die Mitglieder werden ersucht in der Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands.

(Oertl. Verwaltungsstelle Berlin.)

Mitgliederversammlung

am **Sonntag,** 23. April, Vorm. 10 Uhr, bei Herrn **Brochnow** (früher Orschel), Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Kassirers vom 1. Quartal 1893.
2. Bericht der Revisoren.
3. Innere Kassenangelegenheiten.
4. Etwaige Beschwerden gegen die örtliche Verwaltung.

NB. Das Kassenlokal ist an diesem Sonntag geschlossen.

255/9 **Die örtliche Verwaltung.**

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher Berlins.

Ordentliche

Generalversammlung

am **Dienstag,** 25. April, Ab. 8½ Uhr, bei **Goltz,** Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung vom Jahre 1892.
2. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber). 3430b
3. Verschiedenes.

Hierzu ladet ein

Der Vorstand.
G. Lätsch, Vorsitzender.

Lese- und Diskutirklub „Hand in Hand".

Jeden Freitag Abend 8½ Uhr

Sitzung

bei Liewald, Manteuffelstr. 46. Genossen und Genossinnen, welche beitreten wollen, können sich dort melden. 199/2

Der Vorstand.

Waldvögel, v. 50 Pf. an, Vogelb. bill. **Schnelle,** Invalidenstr. 7.

Pfandleihe Zossenerstr. 35. [3186b*

Letzter Vortrag der Frau Kähler aus Hamburg.

Heute, Donnerstag, den 20. April 1893, Abends 8 Uhr, in Nagel's Salon, Schwedterstr. 23—24:

Gr. Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Frau **Kähler** über: „Die Lage der arbeitenden Klassen". 2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, wird höflichst gebeten.

Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung.

156/16 **Die Frauen-Agitations-Kommission.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

General-Versammlung

Donnerstag, den 20. d. M., Abends 8 Uhr, Venthstraße 22, 1 Tr.

Tages-Ordnung: 1. **Ungerechte Urtheile.** Referent: Reichstags-Abgeordneter **A. Stadthagen.** 2. Diskussion. 3. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Abrechnung des Kassirers und Bericht der Revisoren. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes.

Gäste willkommen. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

370/8 **Der Vorstand.**

3. Wahlkreis.

Oeff. Versammlung der Parteigenossen

und Genossinnen

am Donnerstag, den 20. April d. J., Abends 8 Uhr, im Saale von Buggenhagen am Moritzplatz.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die politische Lage". Referent Stadtv. **Pogtherr.** 2. Diskussion. 3. Vorschläge event. Aufstellung eines Reichstags-Kandidaten. 4. Wahl von Delegirten zur Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. 5. Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

347/5* **Die Vertrauensperson.**

Achtung! Achtung!

Genossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises!

Sonntag, den 30. April, in Joël's Festsälen, Andreasstr. 21:

Gr. Vocal- u. Instrumental-Concert

ausgeführt von den Gesangvereinen:

„Vorwärts II", „Echo I", „Freies Lied"

(Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes.)

Dirigent **H. Langhans**

sowie der verstärkten Hauskapelle (Zivilberufsmusiker). Dirigent Herr **Forbrig.**

Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Nach dem Concert: **Tanz-Kränzchen.**

Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Da der Ueberschuß zu gemeinnützigen Zwecken verwandt wird, so bitten wir die Genossen, sich recht rege an dem Vergnügen zu betheiligen.

Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

349/6 **Der Vertrauensmann.**

Große öffentliche

sozialdemokratische Versammlung

des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises

am Donnerstag, den 20. April, Abends 8 Uhr, im Saale der Böhow'schen Brauerei am Prenzlauer Thor.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über „Die gegenwärtige politische Lage". Referent: Reichstags-Abgeordneter **Förster.** 2. Diskussion. 3. Vierteljahresbericht der Vertrauenspersonen. 4. Wahl der Delegirten zur Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. 5. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

351/3* **Die Vertrauensperson.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Grosse öffentliche

Versammlung der Maurer Berlins

und Umgegend

am Donnerstag, den 20. April, Abends 8½ Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee Nr. 10—11.

Tages-Ordnung:

1. War die Arbeitsniederlegung auf dem Bau Kaiser Wilhelm- und Münzstraßen-Ecke gerecht und wie stellen sich die Maurer Berlins zu derselben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

NB. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer:
August Matull, Vertrauensmann der Maurer Berlins und Umgegend,
242/16 Münchebergerstraße 27.

Achtung! Große öffentliche Achtung!

Handlungsgehilfinnen-Versammlung

am Freitag, den 21. April, Abends 8½ Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Letzter Vortrag der Frau **Kähler** aus Hamburg über: Besteht zwischen dem Chef und der Handlungsgehilfin eine Interessengemeinschaft oder ein Interessengegensatz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 188/13

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Die Einberuferin.**

Zentralverband der Textilarbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

Sonnabend, den 22. April, Abends 8½ Uhr, in Feind's Salon, Wein-Straße Nr. 11:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Achtstunden-Bewegung. Referent: Genosse **Roland.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vergnügungs-Komitees. 4. Verschiedenes und Fragekasten. 3427b

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Bevollmächtigte: E. Lieders.**

Achtung! Rummelsburg! Achtung!

Große Volks-Versammlung

für den Kreis **Nieder-Barnim**

Sonntag, den 23. April, Vorm. 11 Uhr, im Saale des Herrn Borchmann, Berlinerstr. 83.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Antisemitismus und Sozialdemokratie. Referent: **Th. Glocke.** 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zur Partei-Konferenz in Brandenburg. 3421b

Pflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin ist es, in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Möbel u. Polsterwaaren

Aug. Herold, Oranienstr. 83/84.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 92. Donnerstag, den 20. April 1893. 10. Jahrg.

Die Wahlrechts-Bewegung in Belgien.

Von unserem Spezial-Berichterstatter wird uns geschrieben:

C. B. Brüssel, 18. April, Vormittags. Als ich gestern Nachmittag in Brüssel eintraf, war ich von dem tiefen Frieden überrascht, der in der inneren Stadt herrschte. Die Nachrichten der Telegraphen-Bureaux, auf die auch der „Vorwärts“ bisher angewiesen war, hatten gelungen, als stünde Belgien am Vorabend der sozialen Revolution. Und hier im Zentrum des Landes und der tief gehenden Bewegung für das allgemeine Stimmrecht sah ich äußerlich zunächst wenigstens nichts als das banale Bild der Großstadt mit ihrem glänzenden Straßen- und Kneipenleben, ihren gefüllten Cafés und prunkenden Magazinen, ihren reichen Müssiggängern und Pflastertretern. Das elegante, das luxuriöse Brüssel schien bei guter Laune zu sein, ja die Börse hatte eine kleine Hausse in lokalen Papieren (Pferdebahn-Aktien, Kommunalanleihen 2c.) veranstaltet. Nur eine Anzahl zertrümmerter Schaufensterscheiben in einigen Straßen und Passagen erinnerte an die blutigen Szenen der vergangenen Tage.

In den Arbeiterquartieren sah es bewegter aus, in die ich am Abend hinaufstieg. Gruppen von Männern und Frauen standen zusammen oder setzten sich nach der Rue de Baviére zu in Bewegung, wo das Vereins- und Versammlungshaus unserer Brüsseler Genossen, die „Maison du Peuple“ liegt. Der „Peuple“, das Partei-Organ, und „L'Écho du Peuple“, seine kleinere und billigere Ausgabe, wurden ausgerufen und massenhaft gekauft. Die ersten Nachrichten über das Gemetzel in Mons waren darin enthalten. In wilder Erbitterung theilte der eine dem andern die Zahlen der getödteten Arbeiter mit. In Mons war es die Bürgergarde — sie besteht ausschließlich aus Grubenbesitzern, Aktionären und höheren Angestellten — die ihr Müthchen an den streikenden Arbeitern kühlte, als diese in geschlossenen Reihen in die Stadt ziehen wollten, um für das allgemeine Stimmrecht zu demonstriren. In Brüssel ist die Bürgerwehr nicht so verhaßt bei den Arbeitern, wie Polizei und Militär. Sie setzt sich zum großen Theile aus Kleinbürgern zusammen und stand vor wenigen Monaten noch bei der Regierung so sehr in Geruch radikaler Gesinnung, daß ihr am Tage der Kammereröffnung vorsichtiger Weise die Patronen genommen und sie so postirt wurde, daß zuverlässige Regimenter hinter ihr und die Polizei vor ihr aufgestellt waren. Das hat sich geändert. Seit die sozialistische Arbeiterpartei sich in der Frage des Generalstreiks von der bürgerlichen Demokratie, den Progressisten, getrennt hat, und seitdem es besonders zu Straßenunruhen gekommen ist, die als Gefährdung des Eigenthums, als Störung des Handels und des Verkehrs ausgegeben wurden, ist die „garde civique“ lammfromm geworden und steht dem von seiner Verletzung übrigens noch immer nicht ganz wiederhergestellten Bürgermeister Buls unbedingt zur Verfügung. Freilich mag der Schutz, den sie gewährt, nicht viel zu bedeuten haben. Man muß die Gevatter Schneider und Handschuhmacher sehen, wie sie in ihren mittelalterlichen Uniformen, mit ihren hohen, steifen Filzhüten mit rother Schnur und Kokarde einherwarschiren und sich die Last des Gewehres mit drohend aufgepflanztem Bayonnett durch allerlei Kunstmittelchen zu erleichtern suchen. Ich begegnete einem Trupp Bürgergardisten, die sich gemüthlicher Weise ihre in Papier gepackten Frühstücksbrote ans Bayonnett gebunden hatten. Zu kriegerischen „Heldenthaten“ scheint die „garde civique“ nicht besonders geeignet zu sein.

Anders die Polizei. Die Brüsseler „Blauen“ sind wegen ihrer Brutalität Arbeitern gegenüber berüchtigt, und sie haben Proben davon wieder bei den letzten Zusammenstößen abgelegt. Die Massen, die am Sonnabend voriger Woche aus den Straßen, die zum Platz vor dem Stadthause führen, getrieben wurden, waren wehrlos und dachten nicht an Widerstand. Sie wandten sich zur Flucht, als die Polizei vorging. Erbarmungslos schlugen die Ordnungshüter mit blankem Säbel auf die Fliehenden ein, und nicht zufrieden mit der bloßen Erfüllung ihres Auftrages, die Straßen zu „säubern“, stachen einige der rohesten noch blindlings auf die Verwundeten ein, die blutüberströmt am Boden lagen.

Am Montag hatte die Polizei ihre Taktik geändert; es fehlte an Provokationen, und infolge dessen verlief alles ruhig. Reges Leben herrschte in den Versammlungslokalen unserer Parteigenossen. Die „Maison du Peuple“, die eine Zeit lang polizeilich geschlossen war, hatte ihre Pforten wieder öffnen dürfen, und nun strömte alles dahin. Ein fortwährendes Gehen und Kommen herrschte. Die niedrigen Versammlungsräume waren über füllt. Ein Tisch oder ein Stuhl wurde zur Tribüne gemacht, und die Redner lösten sich ununterbrochen ab.

Ebenso lebhaft ging es im „Cygne“ (Schwan) her, einem Gasthof am Platz vor dem Stadthause. Im „Cygne“ tagt das Zentral-Streikkomitee seit dem Tage, wo die „Maison du Peuple“ geschlossen wurde. Fortwährend laufen Nachrichten über die Ausdehnung ein, die der Generalstreik nimmt. Von einem Generalstreik kann freilich nur mit großer Einschränkung gesprochen werden. Ist die Arbeit auch in Brüssel recht allgemein eingestellt worden, ruht sie auch in Gent vollständig und im Borinage in großem Umfange, so fehlen doch noch große Industriebezirke, vor allem Antwerpen, wo nur die organisirten Zigarrenarbeiter, Mechaniker und Former feiern. Selbst wenn die Zahl der Streikenden mit 250 000 vom „Peuple“ nicht zu hoch berechnet ist, so macht sie doch lange noch nicht den vierten Theil aller belgischen Arbeiter aus. Auch die Brüsseler Buchdrucker haben, wenn auch nur mit schwacher Mehrheit, die sofortige Einstellung der Arbeit beschlossen. Fraglich bleibt, ob die starke Minorität sich der Majorität fügt. Geschieht dies nicht, so trifft der Streik, von den Akzidenzsetzereien abgesehen, naturgemäß in erster Linie den „Peuple“ und die „Réforme“, das Organ der Progressisten. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß beide Zeitungen morgen ihr Erscheinen einstellen müssen, während die liberalen und katholischen Blätter nach wie vor die ärgsten Lügen über die Volksbewegung unwidersprochen verbreiten können.

Mittags. Eben komme ich von einem imposanten Meeting, das von unseren Genossen heut zwischen 10 und 12 Uhr auf einem mächtigen Platz in der Nähe des Westbahnhofes abgehalten wurde. Dies Meeting hat eine Vorgeschichte. Es sollte ursprünglich in St. Gilles, einer Brüsseler Vorstadt, stattfinden, deren Bürgermeister bisher sozialistische Versammlungen unter freiem Himmel erlaubt hatte, die in Brüssel verboten waren. Inzwischen aber hatte sich der Gouverneur von Brabant an die Bürgermeister aller Brüsseler Vorstädte mit dem Ersuchen gewandt, jede Demonstration am Dienstag zu verbieten und nöthigenfalls mit Gewalt zu unterdrücken. Der Bürgermeister von St. Gilles knickte vor diesem Machtgebot zusammen, und das Meeting wäre unmöglich gewesen, oder hätte nur im blutigen Kampf mit der Polizei und Bürgergarde durchgesetzt werden können, wenn alle Bürgermeister der Brüsseler Vorstädte dem tapferen Beispiel ihres Kollegen von St. Gilles gefolgt wären. Es fand sich aber eine Ausnahme. Der wackere „Bourgmestre“ von Molenbeek-St. Jean erklärte, daß er sich um den Erlaß des Gouverneurs von Brabant gar nicht kümmere, weil er ungesetzlich sei, und daß er sich vollständig auf die Versicherung des Generalraths der Arbeiterpartei verlasse, daß alles in Ruh und Frieden ablaufen würde.

So fand denn das Meeting auf Molenbeeker Boden statt. Die Vorstadt schließt sich unmittelbar an das Weichbild von Brüssel an. Während die Straßenzugänge auf der Brüsseler Seite dicht mit Bürgergardisten besetzt waren, die übrigens die einzelnen Trupps ruhig passiren ließen, war in Molenbeek weder Polizei noch „garde civique“ zu sehen. Alles verlief deshalb in schönster Ordnung. Zehn- bis fünfzehn Tausend Manifestanten mochten sich eingefunden haben, zuerst auf der einen Hektar großen Place de la Duchesse in Molenbeek, wo Volders und Vandervelde von der Brüstung des Parterrefensters des Polizeikommissariates Ansprachen hielten. Dann wurde nach einem noch größeren Platz am Westbahnhof marschirt. Der Zug, der die ganze Breite der Straßen füllte, hatte eine Länge von 3/4 Stunden. Er bestand fast ausschließlich aus streikenden Arbeitern, dazwischen gesprengt ein paar bürgerliche Demokraten. Keine Fahne wurde vorangetragen, nur ein paar weiße Tafeln waren da mit Inschriften wie: Keine Rechte — keine Arbeit! Vorwärts für das allgemeine Stimmrecht! Die Marseillaise brauste durch die Reihen, dann löste sie wieder ein Lied für das allgemeine Stimmrecht ab oder eine Chanson mit dem Refrain: Les mouchards à la lanterne! (Die Spitzel an den Laternenpfahl!) Auf dem Platz am Westbahnhof drängten sich die Massen zusammen. Stühle für die Redner wurden aus einer Gastwirthschaft in der Nähe herbeigeschafft, und nun wurden an sechs oder sieben verschiedenen Stellen Ansprachen an die Menge gehalten. Volders, Vandervelde, de Maes, Defnet u. s. w. redeten. Sie sprachen kurz: Heut sind die Gegner noch stärker wie wir, deshalb Ruhe und Besonnenheit. Thuen wir ihnen nicht den Gefallen, uns niedersäbeln zu lassen. Morgen sind wir die Stärkeren. So lange wird der Generalstreik fortgesetzt, bis ein wahrhaft demokratisches Wahlrecht von der Kammer bewilligt ist. Hieran schloß sich ein feierlicher Schwur, den alle mit erhobener Hand ablegten, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis das allgemeine Stimmrecht errungen und die ökonomische Ungleichheit beseitigt sei.

Der Rückmarsch in die Stadt geschah nicht in geschlossenen Reihen, sondern in losen Gruppen, die nirgends von der Polizei belästigt wurden.

Abends. Alle Straßen, die zur Kammer führen, sind abgesperrt. Große Menschenmassen in Bewegung. Alles ist ruhig. In den Schulen und anderen städtischen Gebäuden ist die Bürgergarde untergebracht. Die Truppen sind in den Kasernen konsignirt. Die Verhaftung von Volders und Vandervelde war für heute Morgen beschlossen; sie hatten aber davon Wind bekommen und nicht zu Hause geschlafen. So konnten sie das Meeting in Molenbeek ungestört leiten. Verhaftet wurde der Advokat Picard, dem zur Last gelegt wird, in einer Versammlung in St. Gilles indirekt zu dem „Attentat“ gegen den Bürgermeister Buls aufgefordert zu haben.

Die Kammer geht erst in später Nachmittagsstunde zur Berathung der Wahlrechtsfrage über. Das schließliche Resultat ist die Annahme des Nyssen'schen Vorschlages mit 116 gegen 15 Stimmen. Das Nyssen'sche Amendement bringt das sogenannte plurale Wahlrecht. Es hat folgenden Wortlaut:

Allgemeines Stimmrecht für alle Männer vom vollendeten fünfundzwanzigsten Lebensjahre an, die ein Jahr am Orte wohnen.

Eine weitere Stimme erhalten alle diejenigen, die an einer höheren Schule das Abiturientenexamen bestanden haben (etwa 60 000).

Eine weitere Stimme erhalten alle Eigenthümer von 2000 Franks an.

Eine weitere Stimme erhalten alle Ehemänner vom fünfunddreißigsten Lebensjahre an, falls sie 5 Franks direkte Steuer zahlen.

Weiter geht uns noch folgendes Telegramm unseres Spezialkorrespondenten zu:

Brüssel, 19. April, Abends 7 Uhr 23 Min. Nach der gestrigen bewegten Kammersitzung, wo das Bündniß zwischen Progressisten, katholischen Ministeriellen und einigen gemäßigt Liberalen die erforderliche 2/3-Mehrheit für den Nyssen'schen Pluralwahlrechts-Vorschlag zu stande brachte, trat sofort der Generalrath der Arbeiterpartei zusammen und beschloß die Aufhebung des Generalstreiks. Die heutige Nummer des sozialdemokratischen „Peuple“ veröffentlicht diesen Beschluß. Es heißt darin: Namens der Arbeiterpartei nimmt der Generalrath Akt von der Aufnahme des allgemeinen Stimmrechts in die Verfassung und stellt fest, daß die Arbeiterpartei diesen ihren ersten großen Sieg nur hat erringen können durch den Druck der allgemeinen Arbeitseinstellung. Er beschließt, daß die Arbeit überall sofort aufzunehmen, der Kampf um die Beseitigung des pluralen Wahlrechts und um die Erringung der vollen politischen Gleichheit aber fortzusetzen ist.

Dieser Beschluß hat zur sofortigen Aufnahme der Arbeit in Brüssel, Lüttich, Gent, Antwerpen und den anderen Industrieorten geführt; nur im Borinage wird voraussichtlich weitergestreikt werden, jetzt aber nur um eine Lohnerhöhung von 10 pCt. Die Verhaftung von Volders und Vandervelde ist unterblieben. Gestern Abend fanden in Brüssel keine irgendwie bemerkenswerthen Zusammenstöße zwischen Volk und Polizei statt, obschon diese durch willkürliche Straßensperrungen Provokationen verübte. Der Weg zur Kammer, zum Stadthause, zum Volkshause war blockirt. Vier Personen wurden durch Säbelhiebe verwundet. In Antwerpen dagegen kam es zu einem heftigen Zusammenstoße zwischen Streikenden und Bürger-Feuerwehr, wobei fünf Streikende erschossen und dreißig verwundet wurden. Sonst ist im Lande fast durchgängig völlige Ruhe gewesen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Gent, 18. April. Heute Abend wurden verschiedene Meetings abgehalten, in denen beschlossen wurde, den Streik einzustellen.

Brüssel, 19. April. Die gestrige Abstimmung der Kammer und der Entschluß der Arbeiterpartei, die Arbeit wieder aufzunehmen, haben eine sehr erhebliche Beruhigung herbeigeführt. In Brüssel, Antwerpen und mehreren anderen Orten ist die Arbeit fast vollständig wieder aufgenommen worden.

Depeschen-Bureau „Herold“.

Brüssel, 19. April. Die Kammer nahm nach mehrstündiger Unterbrechung gestern Nachmittag ihre Sitzung wieder auf. Namens des 21er Ausschusses erklärte Coremans, daß der Antrag Nyssen den Vorzug vor allen anderen Anträgen erhalten habe. Die Regierungsvertreter erklärten, diesem Beschlusse des Ausschusses zuzustimmen, worauf der Antrag Nyssen (Pluralwahlrecht) mit 118 gegen 12 Stimmen angenommen wurde. Die Sozialisten protestiren gegen diesen Beschluß. Inzwischen dauert die Erregung in der Stadt und in der Provinz ungeschwächt fort. — In dem gestern Nachmittag in Molenbeck stattgehabten Meeting sagte Van der Velde: „Wenn die Manifestationen auch untersagt sind, so sind wir doch berechtigt, uns zu versammeln und uns zu zählen, das genügt.“ Der Bürgermeister von Molenbeck verweigert die Ausführung des Dekrets, welches die Manifestationen untersagt; der Kolonel der Bürgergarde weigert sich, den Befehlen des Grafen Oultremont zu gehorchen; er erkenne nur die Befehle des Bürgermeisters von Molenbeck an. Außer Ricard soll auch Van der Velde jetzt verhaftet sein. — Die Kellner der Cafés und Gastwirthschaften streiken. — Militär ist auf dem Plateau von Kökelberg aufgestellt, besonders Grenadiere und Karabiniers; dieselben sollen beim ersten Zeichen in die Stadt einrücken. Zwei Anarchisten wurden heute hier verhaftet, einer war von der Polizei gesucht wegen Theilnahme an der Explosion im Restaurant Very, der andere ist ein französischer Deserteur.

Antwerpen, 19. April. Hier wurde gestern eine Baumwollspinnerei am Quai de Rhin von einem Volkshaufen angezündet. Die Spinnerei konnte nicht gerettet werden. — 3000 Ausständige zogen gestern in großem Zuge zum Hafen, wo sie einen Dampfer mit einem Steinhagel warfen. Der Kapitän ließ darauf die Andringenden begießen, worauf die Manifestanten auf die Matrosen schossen; der Kapitän ließ ebenfalls feuern. Die Polizei zerstreute die Menge. — In Borgerhout kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen den Streikenden und der Polizei, die, als ihrer wiederholten Aufforderung an die Menge, sich zurückzuziehen, keine Folge geleistet wurde, feuerte und dadurch fünf Arbeiter tödtete und eine große Zahl schwer verwundete.

Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage wurde am 16. d. Mts. in Weskow bei Spremberg eine gut besuchte Versammlung abgehalten, in welcher der Parteigenosse Beyer aus Kottbus referirte. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution einstimmig gegen die Militärvorlage.

* * *

Maifeier. Die Führer des österreichischen Unternehmerthums haben mit ihrem Plane, die an der Feier des 1. Mai theilnehmenden Arbeiter aufs Pflaster zu werfen und dadurch sich derjenigen Elemente zu entledigen, die ihnen bei der Herabdrückung der so wie so spottschlechten Arbeitslöhne im Wege stehen, nicht überall Glück. Wie uns aus Rothkosteletz in Böhmen geschrieben wird, beschlossen die Arbeiter der mechanischen Weberei von Leop. Abeles u. Söhne einmüthig, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die Firma gab darauf sämmtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen den 1. Mai ohne Weiteres frei. Es wird also in dem Etablissement, das gegen 600 Personen beschäftigt, am 1. Mai die Arbeit vollständig ruhen. Hoffentlich folgen recht viele Unternehmer Oesterreich-Ungarns diesem erfreulichen Beispiele.

Zu einer großartigen Manifestation für die internationale Arbeiterpartei, die in ihrem Gelingen ein günstiges Vorzeichen für die Maifeier bedeutet, gestaltete sich die vom „Politischen Arbeiterklub in Böhmen“ für Sonntag, den 16. d. M., nach Prag einberufene Versammlung. Man schreibt uns darüber von dort: Wenigstens 5000 Theilnehmer drängten sich im Saale und dem Garten der Schützeninsel und jubelten den Rednern zu, die die Bedeutung der Maidemonstration auseinandersetzten. — In der Debatte wurden die Andrüderungsversuche der bürgerlichen Parteien an die Arbeiterschaft zurückgewiesen und namentlich den jungtschechischen Abgeordneten die reaktionäre Maske abgerissen. Das slavische Proletariat wird ebenso wenig wie das deutsche einigen bürgerlichen Ideologen zu liebe den Boden des Klassenkampfes verlassen, auf dem es allein seine Zukunft besser gestalten kann. Auch jenen wenigen ehrlichen Elementen im Bürgerthume wird bald das Unmögliche ihrer Versuche, die Klassen zu versöhnen, klar werden.

* * *

Die Sozialdemokratie des Herzogthums Gotha beschloß auf ihrem Parteitag in Gotha einstimmig, den für Magdeburg gewählten Reichstags-Abgeordneten Bock die Kandidatur für den Wahlkreis Gotha zu übertragen. Auf dem Parteitag waren 20 gothaische und 2 weimarische Orte vertreten. Der nächste Parteitag findet in Ohrdruf statt.

* * *

Die erste sozialdemokratische Parteikonferenz im hessischen Wahlkreis Gießen-Gründberg-Nidda, die dieser Tage in Nidda stattfand, war außerordentlich stark besucht. Sie nahm das vorgelegte Statut des Zentral-Wahlvereins nach der Durchberathung der verschiedenen Paragraphen an, beauftragte die Gießener Genossen mit der provisorischen Wahl des Vorstandes und der Uebernahme der Leitung auf so lange, bis die am 11. Juni in Heuchelheim bei Gießen stattfindende erste General-Versammlung den Vorstand definitiv gewählt haben wird, und stellte den Genossen Karl Orbig aus Gießen einstimmig wieder zum Kandidaten für den Reichstag auf.

* * *

Die Sozialdemokratie der bayrischen Reichs- und Landtagswahlkreise Hof und Lichtenfels-Kronach stellte auf ihrer Konferenz in Marktzeuln, die von 19 Orten durch 33 Delegirte beschickt war, die früheren Kandidaten Löwenstein und Scherm aus Nürnberg wieder als solche auf.

* * *

Von der Agitation. In Allendorf in Hessen fand am 16. April eine Volksversammlung statt, in welcher der Parteigenosse Karl Orbig über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ sprach. Die Antisemiten waren unter Führung des „kleinen Böckel“ Bindewald aus Marburg zahlreich erschienen, der den antisemitischen Gaul in bekannter Weise ritt. Der Referent wies den Herrn gebührend ab. Die Versammlung schloß mit einem donnernden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, wogegen das Hoch, das die Antisemiten auf ihren Böckel ausbrachten, so blechern klang, wie ihre ganze „Sache“ ist.

Unter den polnischen Sachsengängern fängt es auch an zu dämmern. Ausgeplündert durch Agenten, ausgebeutet durch die Unternehmer, schlecht behandelt und bis zum Hinfallen ausgenutzt, schauen sie aus nach Hilfe. Hierfür legte die erste polnische Volksversammlung Zeugniß ab, die am 9. April in Delitzsch abgehalten wurde. Schon die Bekanntmachung der Versammlung brachte die Gegner in Harnisch. Schriften wie „Der sozialdemokratische Wolf“, „Die Irrlehren der Sozialdemokratie“ aus dem Verlage des „Katolik“ wurden in Beuthen in Massen gratis unter den polnischen Arbeitern vertheilt. Die Verbreiter der Anzeiger unserer Versammlung dagegen wurden gehetzt und sogar mit Prügeln traktirt. Der Geistliche in Delitzsch that auch das Seinige, um die Polen an die verschlissene Fahne der alten Gesellschaft zu fesseln. Es dauerte nicht lange, so wurden Drohungen laut, man werde die Versammlungen sprengen und die Theilnehmer durchprügeln. Trotz aller Machinationen fand natürlich die Versammlung statt. Genosse Morawski hielt einen Vortrag über die Ursachen der Sachsengängerei und über die traurige Lage der Polen, ferner über die Ziele der Sozialdemokratie. Er widerlegte die Verleumdungen der Gegner, erläuterte was für eine Stellung die polnischen Arbeiter einnehmen müssen der Sozialdemokratie, speziell dem deutschen Arbeiter gegenüber in

andetracht der Allianz, die die polnische Bourgeoisie mit der deutschen zum Zwecke der gemeinsamen Niederhaltung der Enterbten abgeschlossen hat. Dieser 1½ Stunden lang in ihrer Muttersprache gehaltene Vortrag erwärmte und begeisterte die Versammlung so sehr, daß nicht nur kein Gegner sich fand, sondern die Diskussion durchaus zu unsern Gunsten verlief, worauf einstimmig eine Resolution angenommen wurde, inhalts deren sich die Versammelten mit dem Referenten voll und ganz einverstanden erklärten und das Versprechen abgaben, das Gehörte unter den übrigen Polen zu verbreiten, um diese zu klassenbewußten Bundesmitgliedern in den Reihen des kämpfenden Völkerproletariats zu machen. Zum Schluß wurde ausdrücklich verlangt, derartige Versammlungen für die Polen öfter abzuhalten.

* * *

Aus Wolfenbüttel wird dem „Braunschweiger Volksfreund" berichtet: „Die am 12. April stattgefundene Volksversammlung war sehr schwach besucht, was dem Umstand zuzuschreiben ist, daß an demselben Abend eine antisemitische Versammlung stattfand, die leider von sozialdemokratischen Arbeitern zahlreich besucht war. Einige sonst das große Wort führende Genossen hatten sich leider verleiten lassen, den jüdischen Geldprotzen einen Liebesdienst zu erweisen, indem sie anstatt für die sozialdemokratische, für guten Besuch der antisemitischen Versammlung agitirten und für den in derartigen Versammlungen üblichen Radau sorgten. Man suchte sogar den Vertrauensmann, Genossen Bielstein, zu bestimmen, zu gunsten der antisemitischen Radauversammlung unsere längst bekannt gemachte Versammlung rückgängig zu machen; die entstandenen Unkosten sollten jüdischerseits gedeckt werden. Selbstverständlich ließ sich der Vertrauensmann auf diesen Kauf nicht ein."

Die sozialdemokratischen Arbeiter Wolfenbüttels sollten Gescheiteres thun, als im Interesse jüdischer Kapitalisten den Antisemiten die Versammlung und durch das Eintrittsgeld auch die Tasche zu füllen. Sie werden unter den indifferenten Arbeitern und Kleinbürgern gerade genug zu thun haben, um Aufklärung zu schaffen. Diese Aufklärungsarbeit wird nicht gefördert, wenn sie sich zu Hausknechten jüdischer Kapitalisten herabwürdigen, die bekanntlich unsere Bestrebungen womöglich noch schäbiger bekämpfen wie die „christlichen" oder „germanischen" Ausbeuter.

* * *

Todtenliste der Partei. In Augsburg ist der langjährige wohlbewährte Parteigenosse Buchbinder Adolf Klett im Alter von 34 Jahren gestorben. Er war auch Beisitzer des Gewerbegerichts.

Lokales.

Die Alters- und Invaliditätsversicherungs-Anstalten für Berlin und für die Provinz Brandenburg üben bei der Beschaffung von ärztlichen Zeugnissen eine verschiedene Praxis. Die Versicherungsanstalt für Brandenburg nimmt das Zeugniß eines jeden Arztes aus ihrem Bezirke als vollgiltig an und zahlt für jedes Zeugniß ein Honorar von 3 M. Die Versicherungsanstalt Berlin hingegen läßt die Bezahlung des Zeugnisses ausschließlich Sache des Rentenbewerbers sein und hat außerdem „Vertrauensärzte" in beschränkter Zahl angestellt, an die allein der Rentenbewerber sich zu wenden hat. Um Abstellung dieser Einrichtung ist nun die Aerztekammer für Berlin und Brandenburg bei der Versicherungsanstalt vorstellig geworden, mit dem Ersuchen, daß man auch den in der Provinz Brandenburg und in den Rheinlanden üblichen Modus, der auch von dem Reichs-Versicherungsamt angelegentlich empfohlen wird, hier einführe. Das Ersuchen ist aber, wie das „Berl. ärztl. Korrespondenzbl." mittheilt, von dem Vorstand der Versicherungsanstalt abgelehnt worden. In dem bezüglichen Schreiben sagt der Vorstand (gez. Dr. Freund) zur Begründung der Ablehnung: „Die geringe örtliche Ausdehnung des Verwaltungsbezirks der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin gegenüber dem großen Bezirke der Versicherungs-Anstalt für die Provinz Brandenburg, läßt die unsererseits abweichend von den bezüglichen Anordnungen dieser Anstalt bisher getroffenen Maßnahmen als zweckentsprechend erscheinen." Es wird in dieser „Begründung" nur behauptet, was eben bestritten wird. Jedenfalls ist die in Berlin geübte Praxis eine Erschwerung für die Arbeiter, denen die Versicherungs-Anstalt dienen soll.

Durch gedruckte Karte mit Trauerrand zeigt der Vorstand des „Vereins ehemaliger Königs-Gendarmen" den Tod seines „langjährigen treuen Mitgliedes, des Restaurateurs Wiersig, Admiralstraße 18, an und ordnet das übliche offizielle Begräbniß an. Unmittelbar darauf erhalten die Mitglieder durch die Reichspost eine zweite gedruckte Karte, in welcher ihnen der Vorstand anzeigt, daß „infolge eines unliebsamen Zwischenfalls" von der offiziellen Betheiligung an der Beerdigung Abstand genommen. Der „unliebsame Zwischenfall" soll der Verdacht sein, daß der Verstorbene bei Lebzeiten Sozialdemokrat gewesen sei. Ja, Sozialdemokraten gehören auch in keine Kriegervereine, das sollte am Ende doch jeder Genosse wissen!

Hungerlöhne. Die Streckenarbeiter auf der Spandau-Potsdamer Chaussee bekommen bei 10stündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von 1,40 M. Die Lohnzahlung erfolgt monatlich und gehen von dem angeführten Betrag noch die Krankenkassen- und Alters- und Invalidenbeiträge ab. (Im vorigen Jahre betrug der Tagelohn 1,80 M.).

In Stralau wurde am 10. April der Glasarbeiter Genosse Max Wondack zur letzten Ruhe begleitet. Etwa 200 Genossen aus Rummelsburg und Stralau gaben ihm das letzte Geleit. Der Arbeiterverein für Rummelsburg sowie der Verband der Glasarbeiter hatten ihrem treuen Mitgliede prachtvolle Kränze gespendet. Mit der Fahne des ersteren Vereins wurde der Sarg geschmückt. So gelangte der Zug bis an den Eingang zum Kirchhof. Beim Herausnehmen des Sarges aus dem Leichenwagen forderte der Todtengräber unter Assistenz einer der drei anwesenden Gendarmen die Entfernung der Fahne vom Sarge. Unter dem Gesange eines Grabliedes wurde der Sarg in die Gruft gesenkt. Als nun Genosse Bähr einen Kranz mit den Worten: „Im Namen des Arbeitervereins lege ich diesen Kranz nieder", auf das Grab legen wollte, wurde er vom Todtengräber unterbrochen, da Reden nicht gehalten werden dürfen, auch die rothen Schleifen der Kränze auf Befehl des Pfarrers entfernt werden müssen. Ruhig wurden die Schleifen von den Kränzen abgelöst und der Wittwe unseres Genossen übergeben. Die Genossen hatten aber Gelegenheit, noch lange über christliche Liebe und Duldsamkeit nachzudenken.

Bernau. Daß die Preußen vor dem Gesetz gleich sind, hat wieder einmal trefflich die Bernauer Polizeibehörde bewiesen. Da der Wirth des Schützenhauses (unser Vereinslokal) gestorben ist, so ließ der Handwerkerverein eine Versammlung mit der Tagesordnung, Beerdigungsangelegenheit, ortsüblich ausrufen. Als der Vorstand des sozialdemokratischen Wahl- und Bildungsvereins mit derselben Forderung an die Behörde herantrat, wurde er abgewiesen. —

Viel Unglück mit einkassirten Geldern hat angeblich der frühere Steuerrezeptor Haak gehabt. Ihm war die Verwaltung eines Hauses und die Einkassirung der Miethen übertragen. Im Monat Januar wollte er über tausend Mark solcher Gelder dem Wirth überbringen, hatte aber das Unglück, auf dem Hackeschen Markt, als er von dem Pferdeeisenbahnwagen stieg, zu fallen und die Brieftasche zu verlieren. Am 1. d. M. hatte er wieder Geld eingezogen und legte, da er eine Reise zu machen hatte, 800 M., um sie sicher aufzuheben, unter eine Matratze. Bei seiner Rückkehr war das Geld verschwunden. Dies ergriff ihn so, daß er selbst auch verschwand. Da er aber eine Kellnerin, die in dem Hause wohnte, besuchte, so wurde er verhaftet. Mit ihr dürfte er das verlorene beziehungsweise als gestohlen bezeichnete Geld verpraßt haben.

Die Leiche eines jungen Kindes, die sich in einem bereits vorgeschrittenen Grade der Verwesung befand, ist gestern Nachmittag um 4 Uhr bei den Judenwiesen in Moabit angeschwemmt worden. Ob das Kind auf gewaltsame Weise um das Leben gekommen ist, dürfte die Untersuchung ergeben müssen.

Großmutter und Enkelin überfahren. Ein entsetzlicher Doppel-Unglücksfall hat sich am Dienstag Abend am Alexanderplatz zugetragen. Die 70jährige Wittwe Henriette P. aus Tilsit, die seit einigen Wochen bei ihren Kindern, den Klempner P.'schen Eheleuten in der Prinzenstraße zu Besuch weilte, wollte vorgestern Abend nach der Heimath zurückkehren und begab sich gegen 8 Uhr, von den Ihrigen begleitet, zu Fuß nach dem Bahnhof Alexanderplatz. Die alte Frau ging, die vierjährige Enkelin Emma P. an der Hand haltend, voraus, die Eltern der Kleinen folgten in einiger Entfernung. Die Greisin überschritt den Fahrdamm der Straße An der Stadtbahn gerade in dem Augenblick, als ein Rollwagen um die Ecke bog; Großmutter und Enkelin wurden von dem ohne Laterne und links fahrenden schwer beladenen Fuhrwerk zu Boden gerissen und überfahren. Der alten Frau wurde der rechte Fuß, der Enkelin die rechte Hand zermalmt, welche Gliedmaßen im Krankenhause abgenommen werden mußten.

Marktpreise in Berlin am 18. April, nach Ermittelungen des königlichen Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—15,60 M., mittlerer von 15,50—15,20 M., geringer von 15,10—14,80 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,50 bis 13,20 M., mittlerer von 13,10—12,90 M., geringerer von 12,80 bis 12,60 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,90—15,40 M., mittlerer von 15,30—14,90 M., geringer von 14,80 bis 14,40 M. Stroh, Richt- per 100 Kg. von 5,00 bis 4,65 Mark. Heu per 100 Kg. von 7,00 bis 5,30 Mark. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleich von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—1,00 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80—1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,40 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Aale von 3,00 bis 1,40 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Bleie von 1,40—0,60 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—3,00 M.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Nachmittags stürzte ein 7jähriges Mädchen beim Ballspiel aus dem Flurfenster im ersten Stock des Hauses Behrenstr. 22 auf den Hof hinab und erlitt außer einer Verletzung der Hand einen Schädelbruch und einen Bruch des Vorderarms. Dasselbe wurde nach der Universitätsklinik gebracht. — Am 18. d. M. Vormittags wurde ein Silberarbeiter auf der Treppe des Hauses Simeonstr. 29 und ein Arbeitsbursche auf dem Grundstück Alte Leipzigerstr. 1a im Pferdestall erhängt vorgefunden. — In der Spree, an den Judenwiesen, wurde Nachmittags die Leiche eines neugeborenen Kindes angeschwemmt. — Vor dem Hause Lothringerstr. 22 wurde ein Schneider durch einen Packetpostwagen überfahren und am Arm und Bein so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain erforderlich wurde. — Abends wurden eine 70jährige Frau und ihre 3jährige Enkelin vor dem Hause Alexanderstr. 71 durch einen Rollwagen überfahren; sie erlitt dabei eine schwere Verletzung am Fuße und das Kind eine bedeutende Quetschung der Finger. Beide wurden nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Die Feuerwehr wurde im Laufe des Tages nicht alarmirt.

Theater.

Im Thomas-Theater gelangt am Dienstag „Der Herzogsmüller", Volksdrama in 4 Akten von C. Mallachow, zur ersten Aufführung. Das Stück spielt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Joseph Reinbacher, genannt der Herzogsmüller, fungirt als Schöffe in einer Gerichtssitzung mit, die einen jugendlichen Mörder zum Tode verurtheilt. Er allein erklärt sich gegen das Todesurtheil, beruft sich hierbei auf Beccaria und hält eine begeisterte Rede für Humanität. Der Mörder Croner wird gehängt; den Herzogmüller führt sein Weg an den Galgen vorbei; er erkennt Lebenszeichen in dem Gehängten, schneidet ihn ab und verbirgt ihn in seiner Wohnung. Der Mörder lohnt es ihm schlecht; er beraubt ihn und bevor er mit seinem Raub fliehen will, sucht er noch der Tochter seines Lebensretters Gewalt anzuthun. Ihr Hilfeschrei ruft den Vater herbei, der den Verbrecher niedersticht. Bis hierher spielt sich die Handlung in steigender dramatischer Wirkung ab, wenn auch die Entwickelung der Handlung und die Charakterisirung der Personen zu sehr rein theatralische Mache verrathen und der inneren Lebenswahrheit entbehren. In der weiteren Entwickelung des Dramas herrscht aber vollends die hohle Phrase. Der Herzogsmüller geräth durch die Tödtung des Mörders in Gewissensbisse; jede Rücksicht auf sein und seiner Angehörigen Schicksal bei Seite setzend, überliefert er sich dem Richter, der ihn selbst zum Tode verurtheilt, aber zugleich ihm die Begnadigung anbietet, die er zurückweist. Der dritte Akt des Stückes wirkte wahrhaft peinigend, während der letzte das dramatische Interesse wieder etwas hob. Die Personen des Stückes lassen fast sämmtlich die psychologische Wahrheit vermissen; es sind Theaterfiguren. Das sehr zahlreich besuchte Theater nahm nichts desto weniger die Aufführung beifällig auf. Die Darsteller selbst hoben sich nicht über ein mittelmäßiges Niveau empor, wenn auch der Darsteller des Herzogsmüller, Herr Fernand, wohl Anerkennung verdiente. Gelungen und charakteristisch gekennzeichnet war die Person des Mörders, Georg Croner, durch Herrn Albert Borée. Zu deklamatorisch gehalten war die von Frl. Mila Steinheil dargestellte Rolle der Tochter des Herzogsmüllers.

Gerichts-Zeitung.

Auf versuchten Mord lautete die Anklage, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelt wurde. Die Angelegenheit, welche der Anklage zu Grunde lag, hat derzeit viel Aufsehen erregt. Am 20. Oktober v. J. erhielt die beim Kaufmann Prager, Hallesches Ufer 19, dienende Köchin Emilie Vollmann durch die Post aus Alt-Damm eine hölzerne Tortenschachtel zugesandt, in der sich eine Torte nebst Begleitschreiben befand. In dem letzteren nannte sich der Absender „Lefewes". Er bat die Adressatin, die kleine Aufmerksamkeit, die er ihr noch nachträglich zum Geburtstage erweise, freundlich ansehen zu wollen und sich die Torte gut bekommen zu lassen. Die Vollmann vermuthete hinter dem ihr fremden Namen einen unbekannt bleiben wollenden Freund, sie nahm das Geschenk an, aß von der Torte und theilte davon auch ihrer Dienstgenossin, dem Hausmädchen Hedwig Schukalla und der Tochter ihrer Herrschaft, Fräulein Martha Prager, mit. Die beiden letztgenannten Personen erkrankten nach dem Genusse mehr oder minder heftig unter Erscheinungen, die auf eine Vergiftung schließen ließen. Dagegen blieb die Vollmann gesund. Die beiden Erkrankten wurden von heftigem Erbrechen, Zittern und Schwindel befallen, bei der Schukalla traten sogar Starrkrämpfe ein. Der herbeigerufene Hausarzt Dr. Häseler erkannte sofort, daß eine Vergiftung vorlag, er bewirkte durch Anwendung der Magenpumpe die Entleerung der Magen beider Erkrankten, und hierauf ließen die äußeren Vergiftungserscheinungen nach. Die beiden Erkrankten sind bald wieder genesen. Der Rest der Torte wurde dem Gerichtschemiker Dr. Bischoff zur Untersuchung übergeben. Er fand darin reichlich Strychnin, welches nachträglich der fertigen Torte zugesetzt worden war. Das Gift befand sich auf dem Zuckerguß und zwischen den Fruchtverzierungen. Dr. Bischoff entdeckte auch zwischen die Verzierungen eingeklemmt eine Strychninkugel von der Größe einer Erbse. Der mittlere Theil der Torte war von Strychnin frei. Zweifellos war es auf eine Vergiftung abgesehen. Nach längeren Ermittelungen gelang es, den Absender der Torte in der Person des Kaufmanns Leo Cohn, der in Stettin einen Möbelhandel betreibt, zu ermitteln. Am 14. Dezember wurde er verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnisse in Moabit überführt. In der Voruntersuchung bestritt er, daß er die Absicht gehabt, die Vollmann zu tödten, er habe aber mit derselben ein Verhältniß gehabt, dessen Folgen er beseitigen wollte. Der 1864 zu Posen geborene Angeklagte wiederholte diese Angabe in der Hauptverhandlung. Da Sachen zur Sprache kommen mußten, welche die Sittlichkeit zu gefährden geeignet schienen, beantragt der Staatsanwalt Flickel den Ausschluß der Oeffentlichkeit, welchem Antrage der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rieck entsprach. Die Vertheidigung führten die Rechtsanwälte Dr. Fritz Friedmann und Leonhard Friedmann.

Nur die Urtheilsverkündigung fand in öffentlicher Sitzung statt.

Es war daraus zu entnehmen, daß die Geschworenen den Angeklagten des versuchten Mordes schuldig gesprochen hatten.

Das Urtheil lautete auf acht Jahre Zuchthaus und achtjährigen Ehrverlust, wobei erwogen worden sei, daß der Angeklagte in ungemein frivoler und gemeingefährlicher Weise gehandelt habe.

Die Druckschrift „Die Bibel in der Westentasche" ist nicht nach unserem Geschmack. Wir halten sie vielmehr für ein sehr seichtes Machwerk. Daß aber jemand wegen dieser Schrift prozessirt werden könne, ist uns selbst unterm „neuen Kurs" nicht verständlich. Das geschah in Karlsruhe. Der Händler Friedrich Hartmann hat die Schrift verbreitet und soll dadurch eine öffentliche Beschimpfung der christlichen Kirche begangen haben. Beiläufig ist die Schrift nicht verboten und unseres Wissens bisher auch noch nirgends unter Anklage gestellt. Das Schwurgericht verhandelte über die Sache in geheimer Sitzung. Der Staatsanwalt Gruber zog, wie aus dem „Bad. Landbote" zu ersehen, die Sozialdemokratie in sein Spiel, der der Angeklagte zugehöre und die alle anders Denkenden verunglimpfe und beschimpfe. Gerade diese Partei habe ein Interesse daran, Schriften zu verbreiten, welche die Religion untergraben, und der Angeklagte habe dieses Interesse durch seine Thätigkeit bekundet. Und die weisen Geschworenen — wohlgemerkt: nicht Berufsrichter, sondern Geschworene — fanden den armen Teufel von Händler für schuldig. Er hat 8 Monate lang Zeit, über die Missethat, deren ihn das Gericht bezichtigt und die er gewiß nicht beabsichtigt hat, nachzudenken. „Von Rechts wegen".

Essen, 18. April. Das Schwurgericht verurtheilte den Bergmann Mandrysch wegen eines während des letzten Ausstandes verübten Verbrechens gegen § 7 des Dynamitgesetzes zu acht Jahren Zuchthaus.

Saarbrücken. In der Anklagesache gegen den früheren Vorsitzenden des Rechtsschutzvereins der Bergleute im Saarrevier, Warken, und Genossen sprach die Saarbrücker Strafkammer nach zwölfstündiger, manchmal erregter Verhandlung Warken und Bachmann von der Anklage wegen Unterschlagung von Geldern des Rechtsschutzvereins frei. Die Mitangeklagten Kron und Berwanger wurden dagegen für schuldig erklärt und Berwanger zu sechs, Kron zu drei Monaten Gefängniß und Tragung von zwei Dritteln der Kosten verurtheilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete gegen Warken auf neun, Kron und Berwanger je achtzehn und Bachmann sechs Monate Gefängniß und für alle auf Verlust der Ehrenrechte auf drei Jahre.

Soziale Uebersicht.

Achtung!

Der Schneiderstreik ist in der Versammlung vom Dienstag Abend für beendigt erklärt worden. Das Resultat der Bewegung ist befriedigend zu nennen. Wir weisen darauf hin, daß die am Sonntag abgehaltene Volksversammlung beschlossen hat, in den Geschäften, die nicht die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben, keine Waaren zu kaufen. Der Ausschuß der Streik-Kontrollkommission nimmt gemeinschaftlich mit Mitgliedern der Agitationskommission die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit vor. Im übrigen verweisen wir auf die in der Versammlung angenommene Resolution.

Um eine baldige Abrechnung zu ermöglichen, fordern wir die Betheiligten auf, die zirkulirenden Listen baldigst an W. Schulze, Zimmerstr. 86, 2. Hof 8 Tr., abzuliefern. Ferner ersuchen wir die Kollegen, die in Geschäften arbeiten, welche bewilligt haben, auch ferner noch den Betrag von 1 M. pro Woche abzuliefern, damit wir etwaigen Maßregelungen und Lohnabzügen gegenüber kampffähig bleiben.

Die Agitationskommission
der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Achtung, Bau-Arbeiter Berlins!

In dieser schlimmen Zeit der Arbeitslosigkeit und des Elends richten wir den Mahnruf an Euch, organisirt Euch, bedenkt, daß der Arbeiter nur durch Vereinigung mit seinesgleichen im stande ist, die verderblichen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zu beseitigen. Wir wollen nicht über den Werth der beiden am Ort bestehenden Vereine diskutiren, unserer Meinung nach ist es gleich, welcher Organisation der Arbeiter sich anschließt, wenn er überhaupt nur dieser seiner Pflicht nachkommt. Beide Organisationen fördern die Arbeiterbewegung, beide verfolgen ein und dasselbe Ziel, die Befreiung der Arbeiterschaft von Noth und Knechtschaft. Seid daher einig, Bau-Arbeiter Berlins, geht über den Streit und die Zwietracht hinweg, welche Euch bisher auseinander gehalten hat, zeigt, daß Ihr gemeinsam den einen Feind, das Kapital, bekämpfen wollt!

Um Euch mit dem Werth der Organisation vertraut zu machen, findet am Sonntag, den 23. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Saeger, Grüner Weg 29, eine öffentliche Bau-Arbeiterversammlung statt, in welcher zu erscheinen Euer aller Pflicht ist!

J. A.: K. Krüger, Grüner Weg 17.

Das „Hamburger Echo" bestätigt, daß der Streik der Heizer und Trimmer zu ungunsten der Arbeiter beendet worden ist. Es bemerkt noch dazu: Wir bedauern aufrichtig, daß die Leute ihre wirklich gerechte Forderung nicht errungen haben, denn ein Lohn von 60 M. für Heizer und 50 M. für Trimmer ist doch für die zu leistenden Arbeiten ein ganz erbärmlicher zu nennen.

Aus London wird unterm 18. April berichtet: Das gestern von dem Präsidenten des Handelsamts Mundella, John Burns, dem Rheder Wilson und anderen Deputirten vereinbarte Arrangement behufs Beendigung des Streiks in Hull wurde heute den ganzen Tag über von den Huller Rhedern einerseits, den Arbeiterführern andererseits berathen. Ueber das Resultat der Berathungen liegt noch keine Meldung vor. Die Huller Rhedereien haben sich heute Abend mit dem Londoner Zentralbureau des Rhedervereins in Verbindung gesetzt. Der Rhederverein beschloß, die Anstellung von Frei-Arbeitern um keinen Preis aufzugeben, ferner lehnte er das Mundellasche Arrangement ab, da es nur Hull betreffe. Der Streik in Hull kam gestern auch im Unterhause zur Sprache. Der Präsident des Handelsamtes, Mundella, erklärte, bis die gestern von ihm eingebrachte Vorlage Gesetz werde, sei das Handelsamt zur Einmischung in Arbeitsstreitigkeiten nicht berechtigt. Er habe gestern eine freundliche Vermittelung in dem Huller Streik gewagt, die eine so herzliche Aufnahme bei den Vertretern der streitenden Parteien gefunden habe, daß eine weitere Ausdehnung der Unruhen während der Unterhandlungen, die hoffentlich eine friedliche Lösung herbeiführen würden, verhindert sei. Ein Telegramm aus Hull besage, daß der Zuzug auswärtiger Arbeiter suspendirt und die Aussichten auf eine gütliche Beilegung des Ausstandes gute seien.

Arbeitsnachweise für beurlaubte Reservisten plant der sächsische Militärvereinsbund, um die Reservisten vor den Einflüssen der Sozialdemokratie zu „schützen." Das Unternehmerthum wird das um so mehr zu würdigen wissen, als diese Sorte von Arbeitsnachweisen sich natürlich zu einer Organisation der Lohndrückerei ausbilden muß.

Die Regierung Ungarns hat abermals einen Beweis ihrer Beschränktheit abgelegt. Das Ministerium des Innern löste den Landesverein der ungarischen Buchdrucker und Schriftgießer auf, der die stattliche Zahl von 2375 Mitgliedern hatte. Die Auflösung wird natürlich auf grund des „bestehenden Rechts" erfolgt sein, denn ein Paragraph findet sich leicht, wenn man die Arbeiter an den Kragen will.

Krankenkassenwesen. Das Reichskanzler-Amt hat folgenden Krankenkassen die Bescheinigung ertheilt, daß sie, vorbehältlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes genügen: Der Ziegler-Kranken- und Unterstützungskasse Oerlinghausen (E. H.) zu Oerlinghausen. Der Krankenkasse des Deutschen Privat-Beamtenvereins (E. H.) zu Magdeburg. Der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (E. H.) zu Dresden. Der „Berolina", Kranken-Unterstützungskasse (E. H.) zu Berlin. Der Unterstützungskasse des Lippischen Ziegelmeister-Vereins zu Lage (E. H.). Der Krankenkasse des kaufmännischen Vereins in Heilbronn (E. H.). Der Unterstützungskasse des Ziegler-Vereins zu Schwalenberg (E. H.).

Versammlungen.

Zum Schneiderstreik. Eine öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen tagte am Dienstag bei Marten in der Friedrichstraße. In einer Ansprache an die Versammelten gab Timm ein übersichtliches Bild von den Errungenschaften, welche die Lohnbewegung bis jetzt den Schneidern und Schneiderinnen gebracht hat. Sei der Kampf auch glücklich für die Arbeiter ausgefallen, so müsse man doch jederzeit bedacht sein, das Errungene auf die Dauer festzuhalten und dazu seien die Schneider und Schneiderinnen nur im stande mit Hilfe ihrer Organisation. Sich dieser anzuschließen und jederzeit treu zu bleiben, müsse die erste und letzte Pflicht aller Arbeitsgenossen sein. Weiter wies Timm auf den Beschluß der Volksversammlung vom Sonntag hin, durch welchen sich sämmtliche Gewerkschaften zum Eintreten für die Streikenden verpflichtet haben. Die Befolgung dieses Beschlusses seitens der Berliner Arbeiterschaft würde auch bald den Rest der noch ausstehenden Firmen veranlassen, sich den 167 Geschäften anzuschließen, welche die Forderungen der Streikenden bewilligt haben. Sei es auch noch nicht möglich gewesen, in der Konfektionsbranche vorzugehen, so müsse man auch hier kräftig vorarbeiten, um den Kampf, der bedeutend größere Opfer fordern werde, als der gegenwärtige, zur rechten Zeit glücklich durchführen zu können. Hier gelte es, vor allen Dingen vom Unternehmerthum die Errichtung von Betriebswerkstätten zu fordern. Die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen seien aufgefordert, der Kommission alles diesbezügliche Material zu unterbreiten. Auf die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners folgte eine viertelstündige Pause, durch welche den Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit gegeben war, sich der Organisation anzuschließen. Hierauf wurde nach kurzer Debatte die folgende Resolution nahezu einstimmig angenommen:

Nachdem die Forderungen der Kollegen in den maßgebenden Geschäften anerkannt und bewilligt sind, erklärt die heutige Versammlung den Streik offiziell für beendigt.

Die Versammlung macht es allen Kollegen zur Pflicht, bei Veränderung ihrer Arbeitsplätze nur diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, welche den Tarif anerkannt haben und dessen Duplikat sich auf unserem Bureau befindet, damit die anderen Geschäfte sich mit den Streikbrechern und schlechten Arbeitern weiter abplagen. Besonders werden die Kollegen aufgefordert, keine Arbeit zu nehmen bei Ehrich, Kochstr. 13a; Schöndube, Charlottenstr. 56; Teutscher Offizierverein; Waarenhaus für Teutsche Beamte; Keller u. Furch; Kühl u. Sohn, Kochstraße; Gebr. Dahms; Gundlach, Markgrafenstr. 16; Neumann, Behrenstraße 17; Lasser u. Wedel, Kochstr. 70; Reimann, Breitestr. 24; Kettelhack, Markgrafenstr. 51.

In diesen Geschäften sind von den Kollegen Forderungen gestellt, aber durch das Hintertreiben der Rothhelfer und durch das rigorose Verhalten der Geschäftsinhaber bis jetzt noch nicht anerkannt. Da verschiedene Geschäftsinhaber bereits Neigungen zeigen, das Erkämpfte rückgängig zu machen, so wird noch dringend vor Zuzug gewarnt. Die Kollegen selbst haben aber die Pflicht, dem Streikfonds nach Kräften beizusteuern, um im geeigneten Falle wiederum kampfgerüstet zu sein. Vor allem ist es aber Pflicht eines jeden, sich der bestehenden Organisation, dem Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbande anzuschließen, denn nur durch die Macht der Organisation sind die Errungenschaften dauernd zu halten.

Da zum 30. April kein Lokal zu bekommen war, wurde bekannt gegeben, daß am 1. Mai Vormittags eine Versammlung in der Ressource stattfindet. Außerdem findet am Montag Abend bei Norbert eine Verbandsversammlung statt.

Der Aufforderung des Vorstandes, einen Vertrauensmann für die Provinz Brandenburg und für Breslau zu wählen, kam die Versammlung dadurch nach, daß sie den Kollegen Timm mit diesem Amt betraute. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Die zweite Volksversammlung, in welcher Frau Kähler sprach, fand am Dienstag in der Kronen-Brauerei statt und war ebenfalls gut besucht. Zur Beantwortung der auf der Tagesordnung stehenden Frage: „Was wird der Befreiungskampf des Proletariats den Frauen bringen?" meinte Rednerin, sei es zunächst vonnöthen, sich darüber klar zu werden, was die heutige Gesellschaft den Frauen biete. Sie gab deshalb eine gutgelungene Zeichnung von all' dem Elend, der Noth und der Unterdrückung, welcher die Arbeiterklasse und mit dieser die Frauenwelt ausgesetzt ist. Ihre Ausführungen über die Lebensbedingungen des Proletariats fasse sie zusammen in dem Satz: Dieselben seien da angelangt, wo kümmerliches Auskommen und langsames Verhungern sich berühren. Die wirthschaftliche Ausnutzung der Frau sei indessen noch größer, als die des Mannes; vor allem die alleinstehende Frau sei weit mehr dem Elend preisgegeben als dieser. Dabei besitze sie nicht einmal die wenigen politischen Rechte, die der Mann für sich in Anspruch nehmen könne. Im Vereinsgesetz stelle man sie mit Kindern und Lehrlingen auf eine Stufe, sie werde einfach als unmündig betrachtet. Zivilrechtlich sei sie sogar als unfähig gestempelt, ihre Kinder zu vertreten, wenn sie Wittwe geworden; auch im Uebrigen weise ihr die bürgerliche Rechtsordnung und „Sitte" eine durchaus untergeordnete Stellung zu. Erst die sozialistische Gesellschaft werde die Frau sich selbst wiedergeben und sie zur gleichverpflichteten, aber auch gleichberechtigten Genossin des Mannes machen. Die Rednerin schloß mit einem warmen Appell an die zahlreich anwesenden Frauen und Mädchen, sich zu vereinigen und gleich dem Manne am Befreiungskampf des Proletariats theilzunehmen. Stürmischer Beifall folgte diesen Darlegungen. An dieselben schloß sich eine sehr lebhafte Debatte. Ein Herr Schlichting, Student aus Charlottenburg, leistete das Menschenmöglichste, um den Richter'schen Staat der Zukunft zu Ehre und Ansehen zu bringen. Er zeichnete sich dabei aus durch eine nicht durch Sachkenntniß getrübte Unbefangenheit, welche ihm wiederholt vornehmlich auf seiten der Frauen große Heiterkeitserfolge eintrug. Es erübrigt sich, die verkündeten sozialpolitischen Weisheiten hier wiederzugeben. Weiter sprachen die Genossinnen Hildebrandt, Kähler, Scherzer, Wengels und Meier, welch letztere das Dienstboten-Elend in ergreifender Weise schilderte. Die Genossinnen Kähler, Scherzer und Wengels ließen dem Musensohn, der die Kenntniß der sozialistischen Ideen unter seinen Klassengenossen so gut zu karrikiren verstanden hatte, die nöthigen Belehrungen zu theil werden. Nachdem Pfarr zu reger Theilnahme an der Maifeier aufgefordert hatte, schloß die interessant verlaufene Versammlung mit einem stürmischen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

In einer von 3000 Personen besuchten Volksversammlung des vierten Reichstags-Wahlkreises hielt am Dienstag Abend der Reichstags-Abgeordnete Singer einen mit brausendem Beifall aufgenommenen Vortrag über die gegenwärtige Situation. Nach dessen Beendigung wählte die Versammlung die Genossen Erde, Baumgarten und Bogasch zu Delegirten für die am 7. Mai stattfindende Parteikonferenz der Provinz Brandenburg.

Die Kürschner der Pelz- und Mützenbranche hielten am 17. April bei Bötzow eine öffentliche Versammlung ab, in der zunächst über das Resultat der Urabstimmung betr. Stück- oder Wochenlohn Bericht erstattet wurde. Riem theilte mit, daß 262 Fragebogen ausgesandt worden sind, nämlich an 150 Mützenwerkstellen und an 112 Werkstellen der Pelzbranche. Von 89 Werkstellen, welche 700 Arbeiter (278 männliche und 427 weibliche) beschäftigen, sind Antworten zurückgekommen. Wenn man bedenkt, daß bei der Krankenkasse zur Zeit 350 männliche und 600 weibliche Arbeiter, also zusammen 950, gemeldet sind, so sind jene 700 der überwiegende Theil der sämmtlichen Kollegen und Kolleginnen. Von den Werkstellen waren 51 Mützenwerkstellen mit 147 Arbeitern und 208 Arbeiterinnen und 38 Pelzwerkstellen mit 126 Arbeitern und 219 Arbeiterinnen. Von den 147 Arbeitern der Mützenbranche stimmten 40 für Stück-, 107 für Wochenlohn, von den 208 Arbeiterinnen dieser Branche 28 für Stück-, 180 für Wochenlohn. In der Pelzbranche stimmten von den 126 Arbeitern 17 für Stück-, 109 für Wochenlohn und von den 219 Arbeiterinnen 26 für Stück-, 193 für Wochenlohn. Es haben also 111 Arbeiter bezw. Arbeiterinnen für Stücklohn und 589 für Wochenlohn gestimmt. Hiernach habe, so führte der Referent aus, die Versammlung ihre Lohnforderung für Wochenlohn aufzustellen. Die schon früher erwähnte Forderung von 25 Mark für Arbeiter, von 14 Mark für Mamsells und 18 M. für Steppерinnen sei gewiß nicht zu hoch. In der Diskussion wurde gegen den Wochenlohn ausgeführt, derselbe werde sich höchstens in der Saison aufrecht halten lassen; auch würden eine Anzahl Meister bei weitem nicht 25 M. zahlen. Für den Wochenlohn wurden die Mißstände hervorgehoben, welche die Akkordarbeit zeitigt. Die Akkordarbeit zwinge den Gesellen, die Mamsells auszubeuten. Die Abkürzung der Arbeitszeit ferner werde sich nur bei Wochenlohn erzielen lassen. Die sehr gut besuchte Versammlung sprach sich schließlich mit sehr großer Majorität für Abschaffung der Stückarbeit aus; nur 16 stimmten dagegen. Die oben angeführten Minimal-Lohnsätze wurden von der Versammlung gebilligt. Zu Verschiedenem wurde die Lohnkommission durch vier Kollegen aus der Pelzbranche und durch fünf Kolleginnen verstärkt. Michaelis empfahl sodann die Unterstützung der streikenden Schneider. Auf Antrag Riem's wurden denselben aus dem öffentlichen Unterstützungsfonds 15 M. bewilligt. Riem forderte sodann zum Anschluß an den Verband auf. Mit einem Hoch auf die Organisation gingen die Versammelten auseinander.

Der Verein deutscher Schuhmacher, Filiale I, hielt am 10. d. M. eine Versammlung ab, in welcher Frau Palm über „Die Frau in der Industrie und deren geistige Fähigkeiten" einen interessanten Vortrag hielt. An der Diskussion betheiligten sich Heine, Dittmar und C. Fleischer. Sodann gab der Vorsitzende bekannt, daß sich das Verkehrslokal jetzt Eisenbahnstr. 20 bei Siegmund befindet.

Die Kranken-Unterstützungs- und Begräbnißkasse der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins hatte am Sonntag eine Versammlung, in welcher der Rendant die Abrechnung für das erste Quartal erstattete. Die Abrechnung wurde ohne Widerspruch angenommen; auf Antrag der Kontrolleure ertheilte die Versammlung dem Rendanten Decharge. Unter Vereinsangelegenheiten unterzogen mehrere Redner das Verhalten einiger Kranken einer scharfen Kritik und erklärten, daß sie sich, wollten sie nicht ihrer Rechte verlustig gehen, streng nach dem Statut zu richten hätten. Nachdem einige innere Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine Versammlung des Fachvereins der Marmor- und Granitarbeiter tagte am 16. April. Nachdem die Versammelten das Andenken des verstorbenen Kollegen A. Pataneck durch Erheben von den Sitzen geehrt hatten, verlas der Kassirer den ersten Quartalsbericht pro 1893. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassirer darauf entlastet. Der zweite Punkt Stellungnahme zum Generalfonds, welcher auf besonderen Wunsch eines Mitgliedes auf die Tagesordnung gesetzt war, blieb unerledigt, da die Versammlung sich zur Erörterung dieses Gegenstandes nicht für kompetent hielt. Hierauf wurde beschlossen, für die Familie des verstorbenen Kollegen Listen in den Werkstätten zirkuliren zu lassen. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die am 24. April stattfindende Versammlung aufmerksam.

In der Generalversammlung des Allgemeinen Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenvereins von Berlin und Umgegend, welche am 16. April abgehalten wurde, erstattete der Kassirer Arndt den Rechenschafts- und Kassenbericht vom 1. Quartal. Die Einnahmen stellten sich auf 115,90 M., die Ausgabe auf 104 M.; mithin verbleibt ein Ueberschuß von 11,60 M., die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der gemachten Angaben, worauf dem Kassirer Decharge ertheilt wurde. Unter Vereinsmittheilungen gab der Vorsitzende bekannt, daß die erste Schriftführerin, Frau Wittwe Köppen, wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist und ihre Strafe am 10. März angetreten hat. Ihr neunjähriges Töchterchen habe der Vorstand bei einem Kollegen untergebracht. Die Versammlung billigte diese Handlungsweise und bewilligte den Pflege-Eltern des Kindes eine Beihilfe von 6 M. pro Woche. Hierauf wurde Nikolai zum dritten Revisor gewählt. Ferner wurde die Gründung einer Bibliothek in Anregung gebracht und ersucht, etwaige Schriften und Bücher dem Verein zur Verfügung zu stellen. Zum Verwalter der Bibliothek wurde Schultze, Thurmstraße 18, gewählt. Zum Schlusse gab der Kassirer bekannt, daß die nächste Versammlung, welche mit einem gemüthlichen Beisammensein verbunden ist, am 22. April in der Kronenbrauerei stattfindet. Der Ertrag wird der inhaftirten Genossin Köppen zu gute kommen.

Eine öffentliche Versammlung der Schuhmacher tagte am Montag Abend in Gratweil's Bierhallen. In einem Vortrage über die Frage: Haben die Arbeiter von den herrschenden Klassen etwas zu erwarten? sprach Buhr die Ansicht aus, daß nur die Erringung der wirthschaftlichen Macht die Arbeiter aus den Fesseln des Kapitals befreien könne. Dem Vortrage folgte eine lebhafte Diskussion, welche sich hauptsächlich um die Frage drehte, ob die zentralistische oder die lokalistische Organisation die zweckmäßigere sei.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter hielt am 15. April eine gut besuchte Mitgliederversammlung mit Frauen ab, in welcher Fräulein Ottilie Baader über „Die Frau und der Sozialismus" unter großem Beifall sprach. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt worden waren, vereinigte man sich zu einem gemüthlichen Beisammensein.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher, Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 20. d. M., Abends 10 Uhr, Rosenthalerstr. 38: Mitglieder-Versammlung.

Lese- und Diskutirklub Hand in Hand. Freitag, den 21. April, Abends 8½ Uhr, bei Stewald, Mantauffelstr. 46: Vorlesung und Diskussion.

Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Donnerstag, den 20. April, Abends 8½ Uhr, bei Holz, Alte Jakobstr. 75: Erster Vortrag des Herrn Dr. Christeller über erste Hilfe bei Unglücksfällen. Uebungsstunde.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Donnerstag, den 20. April, Abends 9 Uhr, bei Kölig, Neue Friedrichstr. 44: Versammlung der Ortsbeamten der Filialen Berlins und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend am Donnerstag, den 20. April, Abends 8 Uhr, Schönleinstraße 6, bei Herrn Otto Klein.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag Abends 8½—10½ Uhr: Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Physiologie; Süd-Schule: Marienborferstr. 5 (bei Grube): Unterricht in Deutsch (oberes). Südost-Schule, Reichenbergerstr. 133: Unterricht im Kaufmännischen Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz und Geschichte (neue). In allen Unterrichtsfächern werden noch Schüler und Schülerinnen angenommen. Speziell werden die Gewerbegerichts-Beisitzer auf den Unterricht in Gesetzeskunde aufmerksam gemacht.

Lese- u. Diskutirklubs. Donnerstag. Dietzgen, Abends 8½ Uhr, bei Schröder, Pfefferstr. 39. — Neue Zeit, Abends 8½ Uhr, Bonenstr. 40, bei Giesholt. — Süd-Ost, bei Tolksdorf, Sorauer- und Görlitzerstraßen Ecke. — „Kind der Freunde" bei Gude, Schwiebusserstraße 120. — Hasenclever, Abends 8½ Uhr, Restaurant Bischof, Baumschulenweg Treptow. Emanzipation, Abends 8½ Uhr bei Spitz, Weinstr. 39. — Sozialistischer Lese- und Diskutirklub Abends 8½ Uhr, Reichenbergerstr. 157, Sitzung. — Diskutirklub „Zeitgeist" jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. des Monats bei Tempel, Langestr. 65, Abends 8½ Uhr. — „Brüderlichkeit" Abends 9 Uhr, im Restaurant Lenz, Alte Jakobstr. 69.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 70. **Donnerstag.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Prey. — Kornblume, Blumenstr. 64, bei Wattke. — Frühlingslust, Bülowstr. 58, bei Werner. — Gregelschlucht, Annenstr. 16, bei Kehner. — Weiße Rose, Reinickendorf, Seeschlößchen bei Görtcher. — Morgenroth I, Rummelsburg, Berlinerstraße 9, bei Zeisecke. — Dorfglöcklein, Wilmersdorf, Berliner- und Augustastr.-Ecke bei Schulz. — Einigkeit (Hutmacher), Pappel-Allee 3/4, b. A. Meinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Gerth. — Zukunft 2, Nieder-Schönhausen, Buchholzerstraße bei Hempel. — Ost- und Westpreußischer Männer-Gesangverein, Holzmarktstr. 3, bei Dieter — Edelweiß, Reichenbergerstraße 10, b. Stehmann. — Borea, Wienerstr. 31 b. Prüßmüller. — Maiglöckchen 2, Süd-Ost, Reichenbergerstr. 159, Pätzold — Freie Sänger, Krautstr. 6, bei Rudolf. — Zukunft 9, Pankow, bei Frau Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Fichtestraße 29, bei Krüsche. — Nordstern, Müllerstr. 7 bei Reichardt. — Morgengrauen, (Bäcker), 3 bis 8 Uhr Nachmittags, Gipsstraße 3 bei Pyrlick. — Stelnsetzer-Sängerchor, Kastanien-Allee 29 bei Matwald. — Liedesecho, Reichenberger- und Hornerstraßen-Ecke, bei Spindler. — Liedertafel Westend, Blumenthalstraße 5 bei Behrendt. — Vorwärts 9, Charlottenburg, Schillerstr. 102 bei Stahl. — Gesangverein Abendroth in Deutsch-Wilmersdorf bei Mölter. — Gesangverein der Stuckateure Berlins und Umgegend, Seydelstraße 20 bei Preuße. — Arbeiter-Gesang. Spandau, Lynarstraße Restaurant Rickerd. — Gesangverein „Vorwärts 2" Schönhauser Allee 28, bei Kuhlmey. — Arbeiter-Gesangverein Lyra 2, Charlottenburg, Cauerstr. 28, bei Lange. — Gesangverein Felsenfest (Gem. Chor), Badstr. 12, Victoriagarten. — Gesangverein Collegia 2 (freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker), Neue Friedrichstr. 44, bei Röllig. — Gesangverein der Kürschner, Landsbergerstraße 21 bei Seehausen. — Gesangverein Arion in Wilmersdorf, bei Goring. — Gesangverein Glockenrein (gem. Chor) Kastanien-Allee 96/98. — Stelnnelke, Köslinerstraße 17. — Sängerrunde, Admiralstraße 6. — Alpenrose, Grenzstraße 16 bei Seidel. — Frohsinn 2, Friedrichsberg-Lichtenberg, Frankfurter Chaussee bei Müller. — Treu und Fest, Hedwigstr. 5 bei Nemitz. — Gesangverein Brüderschaft (Hausdiener), Fischerstraße 41 bei Seidemann. — Gesangverein Freundestreue (gem. Chor), Landsbergerstraße 21 bei Seehausen. — Brauer-Gesangverein Vernehme, Neue Friedrichstr. 20 bei F. Keller. — Gesangverein Eintracht 2, Neu-Weißensee, Rudowerstraße bei Hasdorf. — „Iris" Naunynstraße 66, bei Fritz Zubeil. — „Waldesgrün" (gem. Chor) Böckstr. 9 bei A. Moewes.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: H. Henkel, Bergmannstr. 21, Hof 3 Tr. **Donnerstag:** Vergnügungsverein Bruderbund, Andreasstr. 3 bei Noll. — Rauchklub Graue Wolke, Krautstr. 48. — Musikverein Osiris, Adalbertstr. 31. — Geselliger Verein Grüne Eiche (vor dem Halle'schen Thor), Solmsstr. 1 bei Kazorke. — Zimmer-Schützenverein Fein Korn, Boeckhstr. 61 bei Klatt. — Musikverein Paukenschwengel, Stallschreiberstr. 34 bei Sommer. — Kegel-Klub „Lustige 13", Wismarstr. 1 bei Boll. — Vergnügungsverein Jugendlust, Ohmgasse bei Krebs. — Theaterverein Rhetorik, Naunynstr. 68 bei Zubeil. — Rauchklub Frisch auf, Koppenstr. 43 bei Lorenz.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Männer-Gesangverein Alt-Dessau, Abends 9 Uhr, bei Kind, Wrangelstr. 91. — Gesangsabtheilung des sozialdemokratischen Arbeitervereins für Weißensee und Umgegend. Donnerstags und Sonnabends Abend; bei Müller (Pfefferm.), Königs-Chaussee. — Männer-Gesangverein Tyrolienne, Abends 9 Uhr bei Faunmann, Reichenbergerstr. 73a. — Gesangverein Glockenrein, gemischter Chor, jeden Donnerstag von 9 bis 11 Uhr bei Knapp, Kastanien-Allee 96/98.

Privat-Theaterverein „Fidele Gelt 2", Abends 9 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18. — Theater-Verein „Bulfania 2" 9½ Uhr, Vorstädtisches Kasino, Ackerstr. 144.

Turnverein Gesundbrunnen (Lehrlings-Abtheilung) turnt Montag und Donnerstag Abend von 8—10 Uhr, in der Turnhalle, Pankstr. 30.

Geselliger Verein Freiheit, Abends 9 Uhr, bei Thierbach, Schwedterstraße 44. — Geselliger Klub Blau-Veilchen, Abends 9 Uhr, Annenstr. 9 bei C. Prey. — Verein ehemaliger 22. Gemeindeschüler, punkt 9 Uhr bei Schröder, Stegligerstr. 18. — Pfropfenverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Helterhoff, Antonstr. 5. — Vergnügungs-Verein Renata 9 Uhr, Abends im Restaurant Göp, Oranienstr. 153. — Gesangverein Proletariat (gem. Chor) Abd. 9 Uhr, Uebungsstunde b. Möwes, Böckstr. 9. — Geselliger Verein Universum, Sitzung mit Damen Abends 9½ Uhr b. Hagemann, Lothringerstraße 61. Vorträge, Fidelitas. — Geselliger Klub der alten Moabiter, Stephanstr. 33, bei Lusko, jeden Donnerstag um 8½ Uhr und jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat Sitzung mit Damen. — Geselliger Verein Universum, Sitzung Abends 9½ Uhr, im Restaurant Neumann, Lintenstr. 19: Vorträge, Fidelitas. — Verein Gemüthlichkeit und Klub Humor, Abends 9½ Uhr, Lothringerstr. 106: Geselliges Beisammensein mit Damen, Fidelitas und Tanz. — Männergesangverein Sangesfreunde, Abends 9—11 Uhr, Bazenhofer Ausschank, Landsbergerstr. 82. — Verein Waldesgrün, Abends 9 Uhr Sitzung des Nebelin, Langestraße 108. — Zitherklub Gleichheit, jeden Donnerstag, 9 Uhr Abends, bei H. Reimann, Alte Schönhauserstr. 42.

Rauchklub Kollegia, Abends 9 Uhr, in Bernhardt's Destillation, Skalitzerstr. 41. — Rauchklub Waldesgrün, Abends 8½ Uhr, Restaurant A. Gaspar, Reichenbergerstr. 118a. — Rauchklub Ohnesorge, Abends 8 Uhr Restaurant Guder, Gräfestraße 18. — Rauchklub Kernspitze, Abends 8½ Uhr, bei A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub Arabi Pascha, Abends 9 Uhr, bei Bernde, Perlebergerstr. 17. — Klub Ohneneid, Abends 9 Uhr Springstubbe's Restaurant, Manteuffelstr. 67. — Rauchklub Süd-West, Abends 9 Uhr, Simeonstr. 25 bei Flick. — Theaterverein Maiglöckchen, Englischer Hof, Neue Roßstr. 3. — Rauchklub Brüderlichkeit, von 9 bis 11 Uhr bei Stadermann, Pücklerstraße 49. — Rauchklub Nordnern, jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat bei G. Heinicke, Friedrich-Karlstr. 11, Friedrichsberg. — Rauchklub Eldorado, Abends 8½ Uhr, Restaurant Ed. Schulze, Ostbahnhof 7. — Rauchklub Sumatra, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Krause, Gitschinerstr. 93.

Skatklub Tournee, Abends 8½ Uhr, bei Ulrich, Wrangelstr. 84. — Skatklub Rückwärts, Abends 8½ Uhr bei Arndt, Pallisadenstr. 47. — Skatklub Gordischer Knoten Abends 9 Uhr, bei Schilling.

Ruderverein Vorwärts. Sitzung Abends 6 Uhr, bei Bodenburg Kommandantenstr. 10—11. Gäste willkommen. — Schießklub Tell Abends 9 Uhr bei Nagel, Schwedterstr. 22.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Cadiz, 19. April. Das Kriegsgericht verurtheilte 10 Anarchisten zu Gefängnißstrafen von 6 Monaten bis zu acht Jahren.

Vermischtes.

Aus Hamburg meldet das „Berliner Tageblatt“: Der Selbstmord des hiesigen Weingroßhändlers Becker erregt in weiteren Kreisen Aufsehen. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß Mündelgelder von erheblicher Höhe, die der Verstorbene verwaltete, verschwunden sind.

Beim Kirchenbau in Sien im Regierungsbezirk Trier wurden durch Einsturz des Gerüstes drei Arbeiter getödtet und fünf verwundet.

Durch eine vorzeitige Explosion bei Sprengarbeiten der Pioniere in Rendsburg wurde der Hauptmann Sickel getödtet, während der Stationsvorsteher und der Bahnmeister des Bahnhofs, wo in der Nähe die Sprengarbeiten vorgenommen worden waren, mit einer schweren Verwundung davon kamen.

Das Dorf Lanzew im Lauenburgischen ist, angeblich durch Brandstiftung, gänzlich eingeäschert worden.

Durch den Brand im Schlosse zu Sigmaringen ist der Ostflügel vollständig in Asche gelegt worden. Wie sich jetzt herausstellt, haben sehr viele werthvolle Mobilien gerettet werden können.

Der Husarenoberst Julius Karoly, gewesener Präsident der Pferde-Ankauf-Kommission, wurde vom Budapester Militär-Obergericht wegen Annahme von Geschenken des Offiziersranges verlustig erklärt und zu sechs Monaten Festungshaft verurtheilt.

Ein paar Börsenwölfe sind in Paris auf einige Zeit hinter Schloß und Riegel gebracht. Das Zuchtpolizeigericht hat die Administratoren der „Société des Dépots et Comptes courants“, welche des Betruges und der Vertheilung fingirter Dividenden angeklagt waren, wie folgt verurtheilt: Donon zu 4 Jahren, Gautier zu 2 Jahren, Poiffon zu 8 Monaten Gefängniß, und jeden unter solidarischer Haftpflicht zu 3000 Francs Geldstrafe.

Die neuliche Mittheilung, ein Vegetarier sei als Opfer der rein pflanzlichen Nährweise verschieden, wird uns von einem Pforzheimer Herrn als eine vermuthlich „medizinische Lüge“ bezeichnet. Es giebt unter den Vegetariern, schreibt uns der Herr in seinem übrigens sehr sympathischen Briefe, auch verschiedene Richtungen, gerade wie bei den Sozialisten und anderen Parteien. Die ursprünglichen Vegetarier, zu denen auch der Veranlasser dieser Zeilen gehört, kümmern sich nicht um den wissenschaftlichen Streit, ob der Mensch ein geborener Alles- oder Fruchtesser sei, sondern essen auch gemischte Kost, d. h. Milch, Eier und richtig gewählte nahrhafte Pflanzen. Durch die Darwin'sche Theorie wissen wir, daß der Mensch sich auch einer besseren und edleren Nahrung langsam anpassen kann. Angenommen der Mensch wäre ein Allesesser, dann wäre für ihn die gemischte Kost, also die thierische und pflanzliche Nahrung am zuträglichsten. Wir nun genügen durch den Genuß von Milch und Eiern, dieser Annahme in bester und edelster Form, da bekanntlich Milch und Eier in richtiger Zusammensetzung alle Nährstoffe des Körpers enthalten.

Wächter der „Ordnung“. Die „Volks-Zeitung“ bringt aus Westfalen folgende Privatmittheilung: Vor einiger Zeit erwähnten wir einer Mittheilung der Düsseldorfer „Bürger-Zeitung“, nach welcher in Dortmund ein Regierungsbaumeister durch Nachtschutzleute mißhandelt sein sollte. Die Dortmunder Polizeiverwaltung stellte darauf Strafantrag gegen das genannte Blatt und einige andere Zeitungen, die die Nachricht mit Bemerkungen wiedergegeben hatten. Vor einigen Tagen kam nun in Dortmund vor der Strafkammer in einer Anklage wegen versuchter Gefangenenbefreiung, in welcher einer jener Schutzleute als Zeuge auftrat, die Mißhandlung des Regierungsbaumeisters zur Sprache, und es wurde durch zwei einwandsfreie Augenzeugen des Vorfalles bekundet, daß der Baumeister ohne jeden Grund verhaftet, unter Püffen und Schlägen nach der Wache gebracht worden wäre und nach seiner Entlassung blaue Flecken am Körper gehabt und über Schmerzen geklagt hätte. Vielleicht sieht sich nun die Polizeiverwaltung in Dortmund veranlaßt, die Strafanträge zurückzuziehen und der Angelegenheit in anderer Richtung näher zu treten. — In Elberfeld wurde am 14. d. M. ein Ober-Nachtwächter, weil er ohne jeden Grund einen Oberkellner mit dem Säbel furchtbar mißhandelt hatte, zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt. Wie es der Mann getrieben hat, ergiebt sich schon daraus, daß die ihm untergebenen Wächter, die er zu kontrolliren hatte, ihm entrüstet zugerufen hatten, er sollte mit den Mißhandlungen aufhören, und daß einer der Wächter sich den Begleitern des Mißhandelten als Zeuge der von seinem Vorgesetzten begangenen Rohheiten anbot.

Noch eine sehr, sehr „feine“ Familie. Der von der Freiberger Staatsanwaltschaft unterm 28. Januar d. J. erlassene Steckbrief gegen die Freifrau Mathilde von Billing-Treuburg ist jetzt, wie man der „Voss. Ztg.“ meldet, laut einer amtlichen Bekanntmachung durch deren Verhaftung erledigt. Die beiden Söhne dieser Betrügerin, von denen der eine ebenfalls wegen Betruges, der andere aber wegen Fahnenflucht gerichtlich verfolgt wurde, befinden sich schon seit mehreren Wochen hinter Schloß und Riegel. Der erstgenannte von den beiden Brüdern war bis vor kurzem Besitzer des Rittergutes Bärenklause im Lockwitzgrund.

Der Tod des belgischen Afrikaforschers Kapitäns Van Kerckhoven, welcher die kongostaatliche Expedition am oberen Nil befehligte, bestätigt sich. Er erlag einem „Unfall“.

Briefkasten der Redaktion.

Rich. Pickelin, Bennighausen. Die Zusendung betrifft eine lokale Angelegenheit, die besser im Blatt Ihres Kreises zum Austrag gebracht wird.

Siebenlehn. Auf Militärvereins-Angelegenheiten können wir nicht reagiren. Nach unserer Ansicht sollte jeder, der nur einigermaßen politisch denken gelernt hat, diese Vereine meiden oder, wenn er Mitglied ist, ausscheiden.

Arbeiter von Schönholz. Derartige Dinge müssen in den Arbeiter-Vereinen und Versammlungen zur Sprache gebracht werden; das ist der beste und einfachste Weg, Abhilfe zu schaffen. Dann haben wir auch die Möglichkeit, die Zuverlässigkeit der Mittheilungen zu prüfen, auf deren Grundlage allein wir vorgehen können.

G. Sch. Die Schriftstücke sind auf unerklärliche Weise abhanden gekommen und leider nicht zu ermitteln.

F. W. Sch. Ihr Schreiben ist uns unverständlich.

B. B. 59. Solche Schundblätter sind für uns keine Quelle.

J. A. 100. Am Alexanderplatz-Bahnhof ist das Eisenbahn-Auskunfts-Bureau. Dort wird Ihnen bereitwillig Auskunft gegeben.

H. P. Ein Anfechtungsgrund liegt nicht vor.

E. J. Leider ist die Herrschaft im Recht.

F. T. 300. 1. Das Gewerbegericht befindet sich Stralauerstraße 3. 2. Die Klage erscheint nach Ihrer Darstellung aussichtsvoll.

C. B., Emden. Ja.

Remparte. 1. Alimente sind zu zahlen. 2. Dieselben müssen eingeklagt werden. 4. Wenn die Mutter nach vollendetem 4. Jahre das Kind nicht herausgiebt, so verliert sie und das Kind den Alimentenanspruch.

Cigarren mit Kontroll-Schutzmarke!
Sämmtliche von mir zum Verkauf gehaltene Waare ist reelles, eigenes Fabrikat und mit obiger Marke versehen. 4082L*
Hermann Wicht,
Dresdenerstr. 16, zwischen Kottbuser Thor u. Oranienplatz.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art. Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 3716L*

Echter Langensalza'er Kautabak
61068 **von Gebrüder Adler.**
Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.
Cigarren-Engroslager in den Preislagen von M. 25.— bis M. 100,—
Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Roh-Tabak
H. Herholz
Brunnenstr. alte Nummer **145**
188 jetzt neue Nummer **188.** 4052L

500 Backfisch-Jaquets à 2,50 M. 1000 Regenmäntel in eleg. Ausf. v. 5 M. an. 500 Regenmäntel m. abnehmb. Peler. v. 10 M. an. Capes, schwarze Promenaden-Mäntel, ausschließlich Modelle, für die Hälfte der allgemeinen Ladenpreise.
Damenmäntel-Bazar
S. E. Leyser & Co., Leipzigerstr. Nr. 91, I.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 3806L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 × 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 × 200 cm.
per Stück **4,50 M.** sonstiger Preis 9 M.
Meine illustrirte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko. 3789L*
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstraße 158.

Kinderwagen-Bazar,
Jerusalemerstr. 42 u. Brunnenstr. 164.
Großartig. Auswahl jeder Art, billigste Preise. Viele Anerkennungen. Musterbuch grat. u. franko. (Auch Theilzahlung.) 36912*

Bäckerei-Niederlage
Sorauerstr. 12.
Milch-Verkauf
Genossen und Freunden empfehle meinen neueröffneten Milchverkauf à Ltr. gute Vollmilch 18 Pf. Backwaare 5 Stück 10 Pf. Das allbekannte Genossenschaftsbrot und gutes Landbrot. Um gütige Berücksichtigung bittet
A. verw. Fränkler.

Angelkahn m. Segel u. Zubehör für 45 M. zu verkaufen. Zu erfr. Schmöckwitz, Scholand's Gesellschaftshaus, Rabe. 3429b

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23. Öp

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Moritzplatz, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8—6. Sonnt. 9—1. Theilzahlung gestattet.

Frdl. Schlafstelle b. Knoll, Kottbuser-Ufer 59, Quergeb. 3418b

Arbeitsmarkt.

Plätterinnen für Stehr- und Umlegekragen verlangt bei höchstem Lohn. A. R. Freyer, Georgenkirchstr. 24.

Junge Frau wünscht bei Genossen den Haushalt zu führen. Gehalt solid. Näheres Liegnitzerstr. 16, Hof geradeaus 4 Tr. r. bei Pötsch. 3391b

Plätterinnen
auf Herrenkragen, Manschetten, Serviteurs u. Hemden finden dauernde u. reichliche Beschäftigung bei
Heinrich Buchholz & Co., 50/35* Fehrbellinerstr. 81.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 3158b*

Soeben erschienen! Soeben erschienen!
„Schultheiss-Anzeiger“
herausgegeben
Zum 50jährigen Bestehen
1842|43 der 1892|93
Schultheiss' Brauerei
Illustrirte Biertisch-Zeitung.
Einzig in ihrer Art!
Belehrend — unterhaltend — vornehm — gediegen.
Der „Schultheiss-Anzeiger“ erscheint in unbestimmten Zwischenräumen.
Der „Schultheiss-Anzeiger“ gelangt an die Interessenten gratis.
Der „Schultheiss-Anzeiger“ liegt in allen Lokalen aus, wo „Schultheiß'-Bier“ verzapft wird.
Der „Schultheiss-Anzeiger“ ist Eigenthum jedes Gastes, der ihn mit nach Hause nimmt.
Der „Schultheiss-Anzeiger“ ist eine illustrirte Zeitschrift.
Der „Schultheiss-Anzeiger“ dient als Vermittler zwischen Bierbrauer und Biertrinker.
Der „Schultheiss-Anzeiger“ ist somit ein
Bedeutsames Insertionsorgan
für jeden Interessenten des Braugewerbes!
Anzeigen-Preis: pro Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg.
Anzeigen-Annahme: Berlin N., Schönhauser-Allee 36—39.
Nr. 1 des „Schultheiss-Anzeiger“ hat folgenden Inhalt: „Was wir wollen.“ — Geschichte der „Schultheiß'-Brauerei-Aktien-Gesellschaft“ von Ludwig Pietsch. — Vermischtes. — Räthselecke. — Aus unserer Liedermappe. — Anzeigen.
Nr. 2 des „Schultheiss-Anzeiger“ wird außerdem eine Rubrik „Humor am Biertisch“ enthalten, zu welcher Originalbeiträge aus den Kreisen der Biertrinker willkommen sind. Alle zum Abdruck gelangenden Beiträge werden durch kostenfreie Zusendung von 24 Flaschen Schultheiß'-Versandbier honorirt. 193M

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Paunstr. 38, a. d. Oranienplatz

* **Dr. Koesch,** homöopath. Arzt Linienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Neue Roßstr. 3. Zahnarzt **Cohn. Schmerzlos:** Zahnziehen von 1,— M. Füllen u. Zahnersatz. **Theilzahlung. Poliklinik.** 3653L*

27. Markgrafenstr. 27.
Damenmäntel und Jaquetts 2,50, 3, 4 M. Pelerinen 1, 2, 3 M. die elegantesten. 4058E*
Armin Latter.

Roh-Tabak Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmen-Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sämmtl. anderen Sorten. 4035L*
G. Elkhuysen, Alte Schönhauserstr. 5.

Roh-Tabak!
Alle Sorten, billigste Preise bei [3912L*
J. Radich
Berlin C.
An der Spandauer Brücke 6.
Roh-Tabak!

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.